

# Koalition für Wiesbaden

# Koalitionsvertrag

zwischen der

**Christlich-Demokratischen Union**

**Deutschlands (CDU),**

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN und**

**der Freien Demokratischen Partei**

**Deutschlands (FDP)**

**für die laufende Wahlperiode der**

**Stadtverordnetenversammlung**

**2006 bis 2011**

Die Parteien und Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die GRÜNEN und FDP in Wiesbaden – im weiteren Verlauf „Koalitionspartner“ genannt – nehmen gemeinsam die Chance wahr, mit einer breiten politischen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden eine Politik für ihre Bürgerinnen und Bürger zu gestalten, die Neues voranbringt und Bewährtes erhält. Wirtschaftliche Weitsicht, soziale Gerechtigkeit und klare ökologische Maßstäbe stehen im Zentrum des gemeinsamen, erfolgsorientierten Handelns. Die Koalitionspartner sind sich einig, auf Grundlage des nachstehend aufgeführten Vertrages eine Koalition für die Zeit bis zum Ende der Wahlperiode im Jahr 2011 einzugehen.

# Koalition für Wiesbaden

26	<b><u>Inhaltsverzeichnis:</u></b>	
27		
28	<b>Regeln der Zusammenarbeit</b>	<b>3</b>
29		
30	<b>Kinderbetreuung</b>	<b>4</b>
31		
32	<b>Sozialpolitik</b>	
33	<b>Arbeitsplätze sichern, Armut und Ausgrenzung verhindern</b>	<b>9</b>
34	<b>Demographischer Wandel</b>	<b>10</b>
35	<b>Andere Kultur des Alterns</b>	<b>10</b>
36	<b>Wiesbaden barrierefrei gestalten</b>	<b>11</b>
37	<b>Familienpolitik</b>	<b>12</b>
38	<b>Wohnungspolitik</b>	<b>13</b>
39	<b>Jugendpolitik</b>	<b>14</b>
40		
41	<b>Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration</b>	<b>15</b>
42		
43	<b>Frauenpolitik für Wiesbaden</b>	<b>18</b>
44		
45	<b>Planung, Bau und Verkehr</b>	<b>20</b>
46		
47	<b>Bildungspolitik für Wiesbaden</b>	<b>26</b>
48		
49	<b>Kulturpolitik für Wiesbaden</b>	<b>29</b>
50		
51	<b>Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung</b>	<b>33</b>
52		
53	<b>Freizeit und Sport</b>	<b>37</b>
54		
55	<b>Umwelt, Sauberkeit und Sicherheit</b>	<b>41</b>
56		
57	<b>Gesundheitspolitik für Wiesbaden</b>	<b>48</b>
58		
59	<b>Personalfragen</b>	<b>50</b>
60		
61		
62		
63		
64		
65		
66		
67		
68		
69		
70		

# Koalition für Wiesbaden

## 71 Regeln der Zusammenarbeit

72

73 Die Koalitionspartner wollen fair, verlässlich und vertrauensvoll in den Körperschaf-  
74 ten der Stadt zusammenarbeiten und ihr Handeln im Interesse Wiesbadens und ihrer  
75 Bürgerinnen und Bürger verlässlich gestalten. Deshalb haben die Koalitionspartner  
76 folgende Regelungen für die Zusammenarbeit, zur Konfliktvermeidung und zur Kon-  
77 fliktlösung vereinbart:

78

79 Die Koalitionspartner haben vereinbart, bereits in der Vergangenheit beschlossene  
80 Projekte umzusetzen.

81

82 Die Koalitionspartner sichern sich zu, in den Körperschaften der Stadt nicht gegen-  
83 einander abzustimmen. Das gilt auch für Punkte der Wiesbadener Kommunalpolitik,  
84 die nicht Gegenstand der Koalitionsvereinbarung sind. Nicht ausräumbare Dissens-  
85 punkte werden durch gemeinsame Verfahrensabsprachen einvernehmlich geregelt.

86

87 Keiner der Koalitionspartner wird Wahlempfehlungen zugunsten von außerhalb der  
88 Koalition stehenden Kandidaten oder Wahllisten abgeben.

89

90 Anträge der Koalitionspartner für die Stadtverordnetenversammlung und für die  
91 Fachausschüsse werden untereinander abgestimmt und können dann gestellt wer-  
92 den, wenn kein Koalitionspartner ein Veto erhebt. Anträge einer Fraktion werden  
93 den anderen Partnern rechtzeitig vor Einreichung zur Abstimmung bekannt gegeben.

94

95 Die Partner erkennen an, dass die Parteien auf Landes- und auf Bundesebene ver-  
96 schiedene Positionen vertreten. Sollten bundes- oder landespolitische Themen im  
97 Stadtparlament behandelt werden, gilt folgendes Verfahren: Die Koalitionspartner  
98 verständigen sich auf einen Antrag und sind in der Aussprache frei, ihre Positionen  
99 öffentlich zu vertreten.

100

101 Es wird ein Koalitionsausschuss eingerichtet, der auf Wunsch mindestens eines der  
102 Koalitionspartner zusammentritt. Der Koalitionsausschuss befasst sich mit  
103 Grundsatzfragen und der Klärung aufgetretener Dissenspunkte. Der Koalitionsaus-  
104 schuss besteht aus den jeweiligen Partei- und Fraktionsvorsitzenden sowie den  
105 Fachdezernenten oder je nach zu behandelnden Themenfeldern den entsprechenden  
106 Fachsprechern. Bei den kleineren Koalitionspartnern zählen neben den Partei- und  
107 Fraktionsvorsitzenden sowie den Fachdezernenten zwei weitere Teilnehmer zur De-  
108 legation.

# Koalition für Wiesbaden

## 109 **Kinderbetreuung - Kinder in den Mittelpunkt**

110  
111 Kinder sind von Geburt an eigenständige Persönlichkeiten und haben ein Recht auf  
112 Bildung, individuelle Unterstützung und Förderung. Die Koalitionspartner wollen,  
113 dass alle Kinder in Wiesbaden, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Alter, gut  
114 aufwachsen können.

115  
116 Die Koalitionspartner sind sich einig, dass alle Kinder ein Recht auf Schutz vor Gefah-  
117 ren, auf eine gute Bildung und auf eine individuelle Förderung ihrer Persönlichkeit  
118 haben. Je früher Kinder gefördert werden, desto größer ist ihre Chance auf eine gute  
119 Bildungskarriere und darauf, sich in unserer komplexen Welt zu Recht zu finden.

120  
121 Auf die nächsten 15 Jahre hin besteht ein großes Defizit bei Kinderbetreuungsplät-  
122 zen, insbesondere im Krippen- und Hortbereich. Darüber hinaus ist eine Erweiterung  
123 der Kapazitäten an Ganztagsplätzen im Elementarbereich dringend geboten. Deshalb  
124 legen die Koalitionspartner einen besonderen Schwerpunkt ihrer Kinderpolitik in den  
125 nächsten fünf Jahren auf den quantitativen und qualitativen Ausbau von Bildungs-,  
126 Betreuungs- und Erziehungsangeboten für alle Kinder.

127  
128 Derzeit findet in der Gesellschaft ein Umdenken hin zu mehr Mitverantwortung bei  
129 der Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen statt. Vermehrt streben freie und priva-  
130 te Träger, Elterninitiativen und Unternehmen die Schaffung von Einrichtungen an.  
131 Sie scheitern aber häufig an der fehlenden Bezuschussung durch die Kommune. Die  
132 Koalitionspartner setzen sich deshalb dafür ein, die städtischen Betriebskostenzu-  
133 schüsse bei unternehmerischen (betriebsunterstützten) und anderen frei gemein-  
134 nützigen sowie privaten Initiativen bei flexibler Handhabung der Prioritätenlis-  
135 te für jedes Kind mit erstem Wohnsitz in Wiesbaden zu gewähren. Um zuschussbe-  
136 rechtigt zu sein müssen diese Initiativen die Schaffung einer Einrichtung auf Wiesba-  
137 dener Gemarkung anstreben, die zumindest stadtteiloffene Betreuungsplätze anbie-  
138 tet.

139  
140 Die Koalitionspartner wollen ab 2007 die Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsan-  
141 gebote in Wiesbaden auf einem hohen Qualitätsniveau grundlegend modernisieren.  
142 Dazu gehört auch die Überprüfung, inwieweit durch ein professionelles Management  
143 auf die gestiegenen Anforderungen an Kinderbetreuung besser, flexibler und zielge-  
144 nauer reagiert werden kann. In diese Überprüfung wird die Fragestellung einbezo-  
145 gen, welche Bedeutung hierbei eigenständigen Betriebsformen zukommt. Bei einer  
146 solchen Prüfung werden auch private Betreibermodelle (z.B. Educare, Impuls Sozia-  
147 les Management u.a.) mit einbezogen.

148  
149 Darüber hinaus prüft die Stadt, ob für die von ihr beitragsfrei zur Verfügung gestell-  
150 ten Betreuungsleistungen so genannte „Betreuungs-Gutscheine“ ausgegeben wer-  
151 den sollen.

## 152 153 **Krippenbereich**

154  
155 Bei den Krippenplätzen – dazu gehört auch das Angebot an qualifizierten Tagesmüt-  
156 ter-Plätzen – wollen die Koalitionspartner so zügig wie möglich eine Versorgungs-  
157 quote von mehr als 20 % erreichen und streben langfristig die vollständige Befriedi-

# Koalition für Wiesbaden

158 gung der konkreten Nachfrage an. Der Ausbau wird nicht zu Lasten bestehender  
159 Betreuungsangebote gehen. Jedoch können frei werdende Plätze im Elementarbereich  
160 in Angebote für unter Dreijährige umgewandelt werden.

161  
162 Zu diesem Zweck wird der bereits beschlossene quantitative Ausbau von Krippen-  
163 plätzen unter Einbindung freier und privater Träger sowie von Tagesmüttern, Eltern-  
164 initiativen und betriebsunterstützten Initiativen beschleunigt umgesetzt. Dabei stel-  
165 len qualifizierte Familienbetreuungsangebote eine gleichwertige Betreuungsalterna-  
166 tive zu Krippengruppen dar. Eltern haben damit Wahlfreiheit in der Betreuungsform.  
167 Die Koalitionspartner haben entsprechende Finanzmittel in den Doppelhaushalt  
168 2006 / 2007 eingestellt.

## 169 170 **Elementarbereich**

171  
172 Die von den Koalitionspartnern verfolgte Politik der Kinderbetreuung für Drei- bis  
173 Sechsjährige folgt dem Motto „flexibler, besser, gerechter“. Die pädagogische Quali-  
174 tät der bestehenden und neu geschaffenen Angebote trägt dafür Sorge, dass sich alle  
175 Kinder – unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft – entsprechend  
176 ihrer Entwicklungspotentiale und Interessen frei entfalten können. Ohne einer Ver-  
177 schulung des Kindergartens Vorschub zu leisten folgt sie dabei dem Motto: Kinder-  
178 garten ist Bildungsgarten.

## 179 180 **„Flexibler“**

181  
182 Das Angebot soll sich nach den Bedürfnissen der Familien ausrichten und nicht an  
183 starren Vorgaben orientieren. Ein zeitlich flexibel gestaltetes Betreuungsangebot am  
184 frühen Morgen und am späten Nachmittag/Abend soll nach Bedarf in Anspruch ge-  
185 nommen werden können. Dadurch wird berufstätigen Eltern eine verlässliche Basis  
186 für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie geboten. Die Kinder können in einer  
187 vertrauten Umgebung bleiben und müssen nicht stundenweise ihren Betreuungsort  
188 und ihre Bezugspersonen wechseln.

189  
190 Es wird eine stundengenaue Bedarfsanalyse durchgeführt. Dabei werden bestimmte  
191 „Stellgrößen“ wie Zeitmodule und Elternbeiträge (beispielsweise der Zuschlag für die  
192 Abendöffnung) berücksichtigt. In Grenzzeiten kann die Nachfrage beispielsweise  
193 durch Tagesmütter in KiTa-Einrichtungen befriedigt werden.

194  
195 Die Koalitionspartner streben ein 95-prozentiges Platzangebot für alle Kindergar-  
196 tenkinder an. Die Koalitionspartner haben entsprechende Finanzmittel in den Dop-  
197 pelhaushalt 2006 / 2007 eingestellt.

## 198 199 **„Besser“**

200  
201 Der bereits beschlossene qualitative und quantitative Ausbau von Elementarplätzen  
202 unter Einbindung freier und privater Träger sowie von Tagesmüttern und Elterniniti-  
203 ativen wird umgesetzt. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf einen höheren  
204 Anteil an Bildungsangeboten gelegt (vergleiche Hessischer Bildungs- und Erzie-  
205 hungsplan 0 bis 10). Zudem wird dem Wunsch vieler Eltern nach einer besseren För-  
206 derung ihrer Kinder im Kindergarten entsprochen.

# Koalition für Wiesbaden

207

208 Die Koalitionspartner wollen insbesondere auch Familien mit Migrationshintergrund  
209 einen Anreiz geben, ihre Kinder frühzeitig in den Kindergarten zu bringen. Im Rah-  
210 men des regulären Kindergartenangebots sollen insbesondere die folgenden Berei-  
211 che verstärkt werden:

- 212 • Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund; die Koalitionspartner  
213 haben entsprechende Finanzmittel in den Doppelhaushalt 2006 / 2007 einge-  
214 stellt.
- 215 • Intensive Vorbereitung des Übergangs vom Kindergarten in die Schule, Einrich-  
216 tung von Tandem-Modellen
- 217 • Ausbau der Kooperation Einrichtungen im Elementarbereich mit Einrichtungen  
218 der Familienbildung und mit Beratungsangeboten
- 219 • Verbesserung und Erweiterung der Fortbildung der Erzieherinnen; die Koalitions-  
220 partner haben entsprechende Finanzmittel in den Doppelhaushalt 2006 / 2007  
221 eingestellt.
- 222 • Arbeit nach dem Hessischen Bildungs- und Erziehungsplan 0 bis 10 Finanzierung;  
223 die Koalitionspartner haben entsprechende Finanzmittel in den Doppelhaushalt  
224 2006 / 2007 eingestellt.

225

226 Darüber hinaus können im Kindergartenbereich weitere Zusatzmodule angeboten  
227 werden, die von Kindern nach Bedarf in Anspruch genommen werden können. Dazu  
228 gehören insbesondere Kreativ- und Bildungsangebote wie beispielsweise:

- 229 • Literacy (z.B. „Wir verstehen uns gut“, Elke Schlösser) und Zahlenverständnis  
230 (z.B. „Entdeckungen im Zahlenland“, Prof. Preiß), naturwissenschaftliche Grund-  
231 erfahrungen (z.B. Gisela Lück)
- 232 • Englisch (z.B. „Letterland“)
- 233 • musikalische Früherziehung, Instrumentenkunde
- 234 • gezielte Förderung besonders begabter Kinder

235

236 Die Koalitionspartner unterstützen neue Einrichtungen, z.B. von privaten Investoren,  
237 die KiTas mit neuen Profilen und besonderen Schwerpunkten anbieten. Zum Beispiel:

- 238 • Bildungs-Kindergarten mit Schwerpunkt auf Literacy und Mathematik
- 239 • Einrichtungen mit besonderen Programmen zur Integration von Kindern mit  
240 Migrationshintergrund (z.B. Programm „Frühstart“ der Hertie-Stiftung)
- 241 • Einrichtungen mit Modulen zur Begabtenförderung
- 242 • Kreativ-Kindergärten mit Elementen der Montessori-Pädagogik
- 243 • Musikalische Kindergärten

244

245

246

247

248

# Koalition für Wiesbaden

249 „Gerechter“

250

251 Das bisherige System der Bezuschussung und Gebührenerhebung soll spätestens ab  
252 2007 durch ein einfacheres und gerechteres Modell ersetzt werden, das an anderer  
253 Stelle dieses Koalitionsvertrages dargestellt ist.

254

## 255 **Betreuung im Grundschulalter**

256

257 Spätestens ab dem Jahr 2010 werden an allen Grundschulen in Wiesbaden verlässliche  
258 Betreuungszeiten, auch während der Ferien, angeboten. Um dies gewährleisten  
259 zu können, werden auch freie Träger und Elterninitiativen eingebunden. Das Betreuungsmodell  
260 an Grundschulen soll Kindern und Eltern hohe Verlässlichkeit, kurze Wege und gute Qualität bieten.  
261 Die Koalitionspartner haben entsprechende Finanzmittel in den Doppelhaushalt 2006 / 2007  
262 eingestellt.

263

264 Die Betreuung erfolgt Nachfrage gerecht. Die Koalitionspartner sind sich darin einig,  
265 dass ein Parallelsystem aus Hortbetreuung und aus Betreuungsangeboten an Grundschulen  
266 grundsätzlich nicht sinnvoll ist. Dies kann jedoch nicht bedeuten, dass bestehende Hortangebote  
267 in Frage gestellt werden, bevor für sie ein angemessener Ersatz gefunden ist. Vielmehr soll nach  
268 der Maßgabe verfahren werden, dass bestehende Hortplätze nur dann abgebaut bzw. umgewandelt  
269 werden, wenn innerhalb eines Wohnbereichs ein nachfragegerechtes Betreuungsangebot der  
270 Grundschulen gewährleistet ist.

271

272 Die Koalitionspartner stellen sicher, dass die Betreuung an Grundschulen ab 13:00  
273 Uhr sichergestellt wird. Das Ende der Betreuungszeit wird jeweils im Benehmen mit  
274 der Schulgemeinde festgelegt.

275

276 Die Koalitionspartner gehen davon aus, dass ein verlässliches Angebot bis 13:00 Uhr  
277 durch das Land sicherzustellen ist. Ausfälle in der Betreuung während dieser Kernzeit  
278 werden zunächst auf städtische Kosten kompensiert. Die Stadt Wiesbaden holt sich  
279 einmal pro Jahr die von ihr tatsächlich hierfür verausgabten Mittel vom Land zurück.  
280 Insofern trägt die Stadt das Ausfallrisiko.

281

282 Die Betreuung bis 13:00 Uhr ist kostenfrei. Danach ist sie kostenpflichtig. Bei der  
283 Gebührenbemessung wird zwischen Standard-Betreuungsangeboten und Extraangeboten  
284 unterschieden. Während sich die Gebührenhöhe für Standard-Betreuungsangebote nach der  
285 an anderer Stelle des Koalitionsvertrags dargelegten, sozial gestaffelten neuen  
286 Gebührenordnung richtet, werden Extraangebote wie z.B. Ballet oder musikalische  
287 Einzelförderung zu einem kostendeckenden Preis angeboten, sodass der Stadt  
288 Wiesbaden hierdurch keine zusätzlichen Kosten entstehen. Selbstverständlich wird in  
289 Einzelfällen ein höherer Betreuungsbedarf aus Mitteln der Jugendhilfe finanziert.

290

## 291 **Einführung eines neuartigen und sozial gerechteren Modells der Gebührenrechnung für die Kinderbetreuung**

292

293 Für alle drei Betreuungsbereiche (Krippenbereich, Elementarbereich, Nachmittagsbetreuung  
294 an Grundschulen/Horteinrichtungen) wird ein zukunftsweisendes Modell der  
295 Gebührenbemessung geschaffen.  
296

297

# Koalition für Wiesbaden

298 Es entfällt der grundsätzliche und unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtig-  
299 keit nicht zu rechtfertigende Nachteil anderer Gebührenregelungen, die zur Folge  
300 haben, dass geringer Verdienende letztlich mehr für eine Betreuungsleistung auf-  
301 wenden müssen als Besserverdienende, die dasselbe Angebot für ihr Kind in An-  
302 spruch nehmen.

303 • Dabei darf ein Krippenplatz künftig die Eltern nicht mehr als 220 Euro kosten,  
304 jedenfalls nicht mehr als der Durchschnitt der umliegenden Kommunen.

305 • Der Kindergartenplatz von 8:00 bis 12:00 Uhr ist beitragsfrei. Ein Ganztagsplatz  
306 kostet nicht mehr als 110 Euro.

307 • Die Gebühr für die Nachmittagsbetreuung an Grundschulen wird der eines Hort-  
308 platzes (85,00 Euro) angeglichen.

309

310 Darüber hinaus wird gemäß SGB II ein Gebührennachlass festgelegt, den im Einzell-  
311 fall Bedürftige in Anspruch nehmen können.



# Koalition für Wiesbaden

## 312 Sozialpolitik

313

### 314 Arbeitsplätze sichern, Armut und Ausgrenzung verhindern

315

316 Um drohender oder bereits eingetretener Arbeitslosigkeit gezielt entgegenzuwirken,  
317 gilt es die bewährten Bildungs-, Qualifizierungs-, Vermittlungs- und Beschäftigungs-  
318 angebote der Optionskommune Wiesbaden weiterzuentwickeln und mit Angeboten  
319 der Wiesbadener Arbeitsagentur besser zu vernetzen.

320

321 Zugleich muss die Zusammenarbeit mit in Wiesbaden ansässigen Unternehmen und  
322 Betrieben weiter intensiviert werden.

323

324 Auch die Qualifizierungsanstrengungen der im Konzern ‚Stadt‘ zusammengefassten  
325 Verwaltungseinheiten und Eigengesellschaften müssen mit voller Kraft fortgeführt  
326 werden.

327 Die Koalitionspartner sind sich einig, dass es angesichts der absehbaren Zunahme  
328 riskanter Lebenslagen und weiterhin knapper Kassen in Zukunft darum gehen muss,  
329 die zur Verfügung stehenden Ressourcen besonders effektiv und bedarfsgerecht ein-  
330 zusetzen.

331 Die Koalitionspartner werden die Sozialberichterstattung fortentwickeln lassen,  
332 damit sie als brauchbare Entscheidungsgrundlage für die kommunale Sozialpolitik  
333 herangezogen werden kann.

334 Die Koalitionspartner werden Sorge dafür tragen, dass durch ein Bündel von präven-  
335 tiven, stadtteilbezogenen Maßnahmen Menschen in schwierigen sozialen Lebensla-  
336 gen so unterstützt werden, dass sie nach dem Prinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“ ein  
337 Leben in Würde und Selbstbestimmung führen können. Die Kirchen und freien Wohl-  
338 fahrtsverbände, aber auch ehrenamtliches Engagement in seinen vielfältigen Formen  
339 werden dabei gleichberechtigt einbezogen.

340

341 Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die seit vielen Jahren etablierten und be-  
342 währten Bildungs-, Qualifizierungs-, Vermittlungs- und Beschäftigungsangebote für  
343 Jugendliche nur fortgeführt werden können, weil sich Wiesbaden im Zug der Einfüh-  
344 rung von Hartz IV entschieden hat, Optionskommune zu werden. Das ihr damit zur  
345 Verfügung stehende Instrumentarium zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird  
346 zielgerichtet fortentwickelt und durchgängig an neu auftretende Herausforderungen  
347 angepasst.

348

349 Die Koalitionspartner haben vereinbart, dass der Konzern Stadt weiter über Bedarf  
350 ausbildet.

351

352 Die Koalitionspartner wirken darauf hin, dass die Arbeit des am 19. Januar 2006 ein-  
353 gesetzten Beirats „Aktive lokale Beschäftigungsförderung – Umsetzung SGB II“ wei-  
354 ter verbessert wird. Dazu wird geprüft, ob die Zusammensetzung des Beirats – z.B.  
355 durch die Hinzuziehung der Wiesbadener Arbeitsagentur – so erweitert werden  
356 kann, dass alle lokalen Akteure aus dem Bereich Qualifizierung und Arbeitsvermitt-  
357 lung einbezogen sind und dass die Schnittmengen ihrer Arbeitsaufgaben zielgerich-  
358 tet und aufeinander abgestimmt bewältigt werden können.

359

# Koalition für Wiesbaden

360 Die Koalitionspartner wollen die Maßnahmen und Förderangebote – insbesondere  
361 für unter 25-jährige Bezieher von Arbeitslosengeld II – weiter ausbauen. Um sicher-  
362 zustellen, dass tatsächlich ein Gleichklang von Fördern und Fordern erreicht wird,  
363 wird sichergestellt, dass die Vorgabe von einem Berater auf 75 jungen Menschen und  
364 von einem Berater auf 150 ältere Arbeitslose bei der Beratung, Betreuung und Ver-  
365 mittlung eingelöst wird. Dem Leistungsmissbrauch wird wirksam begegnet.  
366

367 Die Koalitionspartner haben vereinbart, dass für diejenigen Bezieher von Arbeitslo-  
368 sengeld II, die nicht sofort in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können, in  
369 Zusammenarbeit mit Beschäftigungsträgern, freier Wohlfahrtspflege, Betrieben und  
370 Verbänden sowie städtischen bzw. stadtnahen Ämtern und Diensten zusätzliche  
371 Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen gegen Zahlung einer Mehrauf-  
372 wandsentschädigung (Integrations-Jobs) geschaffen werden.

373 Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die Umsetzung des SGB II unter der Prä-  
374 misse des „Förderns und Forderns“ geschieht.

375 Die Koalitionspartner sind sich einig, dass folgende Projekte fortgeführt werden:  
376 „Haushaltsnahe Dienstleistungen“, „Soziale Stadt“, die Hilfen für Nichtsesshafte und  
377 Wohnungslose. Die Koalitionspartner lassen prüfen, welche professionellen und  
378 niedrig schwelligen Hilfsangebote für Menschen in besonderen Problemlagen es zu-  
379 sätzlich zu schaffen gilt.

380  
381 Die Koalitionspartner wollen die Sozialberichterstattung fortentwickeln lassen, dass  
382 sie als brauchbare Entscheidungsgrundlage für die kommunale Sozialpolitik herange-  
383 zogen werden kann.  
384

385 Die Koalitionspartner haben in den Doppelhaushalt 2007 400.000 Euro für Aktionen  
386 gegen Jugendarbeitslosigkeit eingestellt.  
387

## 388 **Gestaltung des demographischen Wandels**

389  
390 Die Koalitionsfraktionen werden den demografischen Wandel durch eine nachhaltige  
391 Politik aktiv begleiten. Alles was heute entschieden wird, muss einer dauerhaften  
392 und zukunftsfähigen Entwicklung dienen. Deshalb wird eine ämterübergreifende  
393 Projektgruppe „Demografischer Wandel“ eingerichtet, die im Dezernat des Oberbür-  
394 germeisters angesiedelt werden soll.  
395

## 396 **Für eine andere Kultur des Alterns**

397  
398 „Alt-Sein“ bzw. „alt-werden“ gewinnt durch den demographischen Wandel größere  
399 Bedeutung in der Stadt. Die Koalitionspartner treten deshalb für einen Ausbau von  
400 Strukturen und eine stärkere Einbeziehung der älteren Generation in die Gestaltung  
401 der Stadtpolitik ein.  
402

403 Die Koalitionspartner werden die Beratungs- und Betreuungsangebote für ältere  
404 Menschen (Seniorentreffs, Beratungsstellen „selbständiges Leben im Alter“, mobile  
405 Angebote etc.) weiterentwickeln. Dies beinhaltet auch den Aufbau eines Senioren-  
406 kompetenzzentrums durch das Freiwilligenzentrum. Das Seniorenkompetenzzent-  
407 rum hat die Aufgabe, älteren Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen,  
408 ihren Eignungen und Fertigkeiten entsprechende Vorhaben zur Kenntnis bringen und

# Koalition für Wiesbaden

409 ihren Einsatz zu koordinieren. Entsprechende Finanzmittel haben die Koalitionspartner  
410 im Doppelhaushalt 2006 / 2007 für die Arbeit des Freiwilligenzentrums eingestellt.  
411

412  
413 Die Koalitionspartner werden auf Grundlage des „Gesamtkonzepts zur Zukunft der  
414 stationären Altenpflege in Trägerschaft der LHW“ im Sommer 2006 in Zusammenarbeit  
415 mit frei-gemeinnützigen Trägern über eine Neustrukturierung der Angebote der  
416 stationären Altenhilfe beraten und anschließend ihre Beratungsergebnisse zur Um-  
417 setzung bringen.  
418

419 Die Infrastruktur in Wiesbaden ist dem wachsenden Bevölkerungsanteil älterer Men-  
420 schen anzupassen. Das selbständige Leben im Alter, auch bei Pflegebedürftigkeit  
421 wird durch den Ausbau ambulanter Pflege- und Hilfsdienste und wohnortnahe An-  
422 gebote ermöglicht. Die Eigeninitiative älterer Menschen zur Gestaltung ihres Wohn-  
423 umfeldes, z.B. durch Seniorengemeinschaften und generationsübergreifendes Woh-  
424 nen, wird – speziell bei der Überwindung bürokratischer und institutioneller Hemm-  
425 nisse – unterstützt. Dazu wird insbesondere die Übernahme der Bauträgerschaft  
426 durch städtische Gesellschaft bei Bedarf ermöglicht.  
427

428 Die Koalitionspartner werden die an Demenz erkrankten Pflegebedürftige und ihre  
429 Angehörigen durch den Ausbau niedrigschwelliger Beratungs- und Betreuungsan-  
430 gebote unterstützen. Entsprechende Finanzmittel haben die Koalitionspartner in den  
431 Doppelhaushalt 2006 / 2007 eingestellt.  
432

433 Die Koalitionspartner wollen, dass in Zusammenarbeit mit Hausärzten, Pflegedien-  
434 sten und weiteren kompetenten Partnern eine Konzeption zur Früherkennung alters-  
435 bedingter geistiger, seelischer und körperlicher Beeinträchtigungen und für den  
436 Aufbau eines multiprofessionellen Netzwerkes erstellt wird, das Angehörige und  
437 Betroffene soweit entlastet, dass letztere möglichst lange in ihrer gewohnten Umge-  
438 bung verbleiben können. Die Finanzierung dieser Maßnahme soll durch Krankenkas-  
439 sen bzw. Sponsoring erfolgen.  
440

## 441 **Wiesbaden barrierefrei gestalten**

442

443 Noch immer minderen Barrieren im Wohnbereich sowie im öffentlichen Raum und  
444 Einrichtungen des gesellschaftlichen wie kulturellen Lebens die Lebensqualität und  
445 die persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten von Behinderten und verwehren ihnen  
446 notwendige Zugangsmöglichkeiten. Deshalb soll Wiesbaden in den nächsten fünf  
447 Jahren Schritt für Schritt barrierefreier gestaltet werden.  
448

449 Die Koalitionspartner haben vereinbart, dass...

- 450 • ...noch im Jahr 2006 begonnen wird, in Kooperation mit den Interessenvertretun-  
451 gen der Behindertenorganisationen, Zielvereinbarungen nach dem Hessischen  
452 Behinderten-Gleichstellungsgesetz § 3 abzuschließen;
- 453 • ...insbesondere darauf geachtet wird, dass Neubauten von Anbeginn an barriere-  
454 frei gestaltet werden;

# Koalition für Wiesbaden

- 455 • ...bei städtischen bzw. genehmigungspflichtigen Sanierungs- oder Umbaumaß-  
456 nahmen durchgängig geprüft wird, ob bei gleichem oder geringerem Kostenauf-  
457 wand Barrierefreiheit gewährleistet werden kann;
- 458 • ...die Bauberatung (über die rechtlich verpflichtenden Vorgaben hinaus) auf eine  
459 möglichst weitgehende Umsetzung des barrierefreien Bauens ausgerichtet wird;
- 460 • ...der Stadtplan „Barrierefreies Wiesbaden“ um gastronomische Angebote, kultu-  
461 relle Einrichtungen und Wanderwege im Umfeld Wiesbadens ergänzt wird.

462  
463 Um die barrierefreie kulturelle Teilhabe behinderter Menschen zu gewährleisten,  
464 rufen die Koalitionspartner in Zusammenarbeit mit den Wiesbadener Behinderten-  
465 verbänden eine Arbeitsgruppe ins Leben, die gemeinsam mit den Interessenvertre-  
466 tungen der Gastronomie (Hotel- und Gaststättenverband) und Betreibern kultureller  
467 Einrichtungen wie Kinos, Theater, Galerien mehr Sensibilität für die Belange behin-  
468 derter Menschen zu erreichen versucht.

469  
470 Die Koalitionspartner streben an, die Mobilität behinderter Menschen zu verbessern.  
471 Dazu werden bis zum Jahr 2007 die Beförderungsangebote für Schwerbeschädigte in  
472 Zusammenarbeit mit den Taxizentralen und Behindertenfahrdiensten optimiert und  
473 fortentwickelt.

474  
475 Bei der Unterhaltung von Feld-, Wirtschafts- und Spazierwegen soll nach Willen der  
476 Koalitionspartner darauf geachtet werden, dass die Befahrbarkeit für Rollstuhlfahrer  
477 durch die Ausbringung eines hinreichend feinkörnigen Belags sichergestellt ist.

478  
479 Die Koalitionspartner haben vereinbart, dass die Unterstützung der Arbeit des Ar-  
480beitskreises der Wiesbadener Behindertenorganisationen und die Interessengemein-  
481schaft Behinderter wird in vollem Umfang weitergeführt.

## 482 483 **Familienpolitik**

484  
485 Eine gute kommunale Familienpolitik ist mittlerweile ein wichtiger Standortfaktor.  
486 Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die auch in allen anderen Politikfeldern  
487 mitberücksichtigt werden muss.

488 Die Koalitionspartner wollen, dass alle Wiesbadener Behörden „familienfreundlich“  
489 gestaltet werden, z.B. durch eigene Familienschalter, Spielecken, angepasste Öff-  
490 nungszeiten. Dies gilt auch für die Beschäftigten; deshalb werden sich die Behörden  
491 dem „Audit Familie und Beruf“ der Hertie-Stiftung unterziehen.

492  
493 Die Koalitionspartner unterstützen das „Lokale Bündnis für Familie“ weiter und bau-  
494 en es aus; denn Familien brauchen Netzwerke. Die Koalitionspartner wollen Familien  
495 als Verantwortungsgemeinschaften stärken und sie in ihrer Erziehungsverantwor-  
496 tung unterstützen. Angebote der Familienbildung und -beratung sind dabei wichtige  
497 Bausteine. Diese Angebote werden weiterentwickelt. Eine „Familienagentur“ soll als  
498 Informationsbörse Familien über bestehende Angebote besser als bislang informie-  
499 ren. Entsprechende Finanzmittel haben die Koalitionspartner in den Doppelhaushalt  
500 2006 / 2007 eingestellt.

501

# Koalition für Wiesbaden

502 Um ein Frühwarnsystem aufzubauen, wollen die Koalitionspartner die Angebote der  
503 Familienhilfe und der sozialen Dienste besser miteinander vernetzen. Damit soll El-  
504 tern, die bei ihren Erziehungsaufgaben Hilfe und Unterstützung brauchen, schneller  
505 und effektiver Hilfen angeboten werden. Andere Beratungs- und Hilfeeinrichtungen  
506 (wie z.B. Polizei und Kinderschutz) werden in dieses neue Hilfesystem miteinbezo-  
507 gen.

508  
509 Die Koalitionspartner prüfen bis Ende 2006 die Bedingungen, unter denen sich die  
510 Stadt Wiesbaden am Modellprojekt des Bundes „Mehrgenerationenhäuser“ beteiligt.

511  
512 Die Koalitionspartner sichern Angebote wie z.B. die Familienkarte und die Ferienkar-  
513 te ab. Sie unterstützen die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familien-  
514 zentren.

515  
516 Um die Pluralität der Beratung bei Schwangerschaftskonfliktfällen zu sichern, unter-  
517 stützen die Koalitionspartner auch „donum vitae“. Entsprechende Finanzmittel ha-  
518 ben die Koalitionspartner in den Doppelhaushalt 2006 / 2007 eingestellt.

519

## 520 **Wohnungspolitik**

521

522 Die Mieten in Wiesbaden liegen verglichen mit anderen Städten im Spitzenbereich.  
523 Die Koalitionspartner sind sich angesichts dieser Lage darin einig, wie wichtig es ist,  
524 dass ein städtischer Wohnungsbestand zu preisgünstigen Mieten insbesondere für  
525 große Familien und Geringverdiener bereitgestellt werden kann.

526

527 Die Koalitionspartner führen den sozialen Wohnungsbau weiter fort. Dabei wird da-  
528 für Sorge getragen, dass die Summe des Öffentlichen Wohnraums insgesamt nicht  
529 geringer wird. Ziel dabei ist die Sicherstellung der Wohnraumversorgung von Bevöl-  
530 kerungskreisen, die auf dem freien Wohnungsmarkt nur geringe Chancen haben.

531 Dieser Aufgabenstellung widmen die städtischen Wohnungsgesellschaften GeWeGe  
532 und GWW in ihrer Geschäftspolitik besondere Aufmerksamkeit.

533

534 Die Koalitionspartner wirken darauf hin, dass die städtischen Wohnungsgesell-  
535 schaften weiter nach folgendem Grundsatz verfahren: Bei den Wohnungen der städti-  
536 schen Wohnungsgesellschaften ist grundsätzlich der Mittelwert des Mietspiegel  
537 zugrunde zu legen. In begründeten Ausnahmefällen kann nach oben abgewichen  
538 werden. Abweichungen nach unten sind ebenfalls möglich. Die Abweichungen nach  
539 oben sind dem Aufsichtsrat quantitativ darzustellen. Gegebenfalls sind diese dem  
540 Aufsichtsrat auf Wunsch zu erläutern.

541

542 Die Koalitionspartner sind sich einig, dass Erlöse aus Wohnungsverkäufen der städti-  
543 schen Gesellschaften für die Bestandserhaltung genutzt werden. Die sozialverträgli-  
544 che Veräußerung städtischer Wohnungen an ihre bisherigen Mieter wird fortgeführt.  
545 Anteile der städtischen Wohnungsgesellschaften GeWeGe und GWW dürfen nicht  
546 verkauft werden.

547

548 Um der Abwanderung ins Umland entgegenzuwirken, können neue Baugebiete aus-  
549 gewiesen werden, soweit dies mit der Einhaltung klarer ökologischer Maßstäbe ver-  
550 einbar ist. Jedes dieses Vorhaben wird einzeln geprüft. Die Koalitionspartner ent-

# Koalition für Wiesbaden

551 scheiden im Konsens, welche dieser Maßnahmen zur Umsetzung gelangen und wel-  
552 che unterbleiben, um keiner Siedlung und dem Verlust ökologisch bedeutsamer Flä-  
553 chen Vorschub zu leisten.

## 554 555 **Jugendpolitik**

556  
557 Junge Menschen wollen ein Angebot für ihre Freizeitgestaltung, das frei ist von  
558 Gängelung und Bevormundung ist. Dies wollen die Koalitionspartner ebenso mög-  
559 lich machen wie eine verstärkte Unterstützung der Jugendarbeit der kirchlichen und  
560 freien Verbände.

561  
562 Jugendliche sollen dazu angeregt werden, sich mit Werten wie dem Schutz der Men-  
563 schenwürde, dem wechselseitigem Respekt und der zwischenmenschlichen Solidari-  
564 tät auseinandersetzen, um sich vor dem Hintergrund der Individualisierung und Plu-  
565 ralisierung von Lebenslagen angemessene Urteile bilden und Widersprüche aushal-  
566 ten zu können. In freien, selbst organisierten Initiativen sowie in der verbandlichen  
567 Jugendarbeit lernen Jugendliche Eigenverantwortung zu übernehmen und finden sie  
568 Vorbilder und Orientierung.

569  
570 Bei der Schaffung von neuen Angeboten werden die Koalitionspartner freie und ver-  
571 bandliche Initiativen bevorzugt unterstützen. Die Koalitionspartner werden den Um-  
572 fang der Jugendangebote erhalten und gezielt fortentwickeln. Für neue Jugendpro-  
573 jekte haben die Koalitionspartner im Doppelhaushalt 2006 / 2007 zusätzlich Finanz-  
574 mittel zur Verfügung gestellt.

575  
576 Die Koalitionspartner sind sich einig, dass „Folklore im Garten“ nach dem derzeitigen  
577 Konzept (Betreiber: Kulturzentrum Schlachthof e.V.) fortgeführt werden soll. Gene-  
578 rell gilt für die Koalitionspartner der Grundsatz: Bei der Durchführung von Veranstal-  
579 tungen in privater Initiative werden diese bei der Überwindung bürokratischer  
580 Hemmnisse unterstützt.

581  
582 Für Jugendliche ist ausreichende Mobilität - auch abends und vor allem am Wochen-  
583 ende nach einem Kino-, Konzert- oder Theaterbesuch - wichtig. Deshalb werden die  
584 Koalitionspartner sich für attraktive Angebote des Nachtverkehrs einsetzen.

585  
586 Die Angebote der Jugendarbeit in den Gemeinschaftszentren werden nach Willen  
587 der Koalitionspartner fortgeführt und entsprechend der Herausforderungen ver-  
588 stärkter Integration konzeptionell weiterentwickelt.

589 Die Koalitionspartner wollen allen Jugendlichen eine gute Schul- und Berufsausbil-  
590 dung ermöglichen und deshalb wie bislang über Bedarf Ausbildungskapazitäten in  
591 der Verwaltung und städtischen Betrieben bereitstellen.

592  
593 Die Koalitionspartner streben die Einrichtung eines Jugendparlaments ab dem Jahr  
594 2008 an. Bis dahin werden konkrete Umsetzungsformen erarbeitet.

# Koalition für Wiesbaden

## 595 **Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration**

596

### 597 **Integration**

598

599 Die Koalitionspartner erklären das Integrationskonzept als Ganzes sowie die darin  
600 festgeschriebenen Eckpunkte zum Ausgangspunkt für ihr gemeinsames Handeln für  
601 die gesamte Wahlperiode 2006 – 2011. Hierbei legen die Koalitionspartner besonde-  
602 ren Wert auf die Zusammenarbeit der städtischen Akteure mit den Freien Trägern  
603 wie z.B. Caritas, Arbeiterwohlfahrt.

604

605 Andere Initiativen, wie z.B. der Flüchtlingsrat, haben eine wichtige Funktion als nied-  
606 rig schwellige Anlaufstelle für Flüchtlinge und Asylbewerber. Für die Koordination  
607 niedrigschwelliger Beratungsangebote für Flüchtlinge haben die Koalitionspartner  
608 entsprechende Finanzmittel in den Doppelhaushalt 2006 / 2007 eingestellt.

609

610 Die Koalitionspartner legen großen Wert darauf, dass die „Vereinbarung zur Förde-  
611 rung der Integration“ (Integrationsvereinbarung) zum Abschluss kommt, unter ande-  
612 rem weil dadurch wechselseitige Integrationsprozesse angestoßen, eine sichtbare  
613 Verbesserung des Miteinanders der Kulturen erreicht sowie die Grundregeln unserer  
614 Demokratie gestärkt werden können.

615

616 Der Integrationspreis für besondere Leistungen im Sinne eines bürgerschaftlichen  
617 Engagements für den Prozess der Integration soll ab 2006 jährlich im Rahmen der  
618 Interkulturellen Woche verliehen werden.

619

620 Die Koalitionspartner begrüßen es, dass sich Menschen, die lange hier leben und sich  
621 zu Deutschland, seiner freiheitlich demokratischen Grundordnung und seiner Gesell-  
622 schafts- und Werteordnung bekennen, einbürgern lassen. Die Einbürgerungsfeiern  
623 verleihen diesem Bekenntnis Ausdruck. Damit die Einbürgerungsfeiern auch in den  
624 nächsten Jahren durchgeführt werden können, haben die Koalitionspartner entspre-  
625 chende Finanzmittel in den Doppelhaushalt 2006 / 2007 eingestellt.

626

627 Die Koalitionspartner begrüßen die Initiative der Innenministerkonferenz, bundes-  
628 weit einheitliche Standards für die Einbürgerung zu schaffen. Die Kriterien zur Erlan-  
629 gung der deutschen Staatsbürgerschaft sollten nicht von Bundesland zu Bundesland  
630 an unterschiedliche Kriterien geknüpft werden.

631

632 Die Koalitionspartner haben vereinbart, die Bildungschancen junger Menschen mit  
633 Migrationshintergrund besonders zu fördern, wobei alle Unterrichtsangebote von  
634 Jungen und Mädchen gleichermaßen wahrgenommen werden sollen. Die Koalitions-  
635 partner begrüßen Bestrebungen, dass eine islamische religiöse Unterweisung für  
636 muslimische Schüler an deutschen Schulen und in deutscher Sprache, in Abstimmung  
637 mit dem Kultusministerium und unter Aufsicht der Schulämter durchgeführt wird,  
638 und zwar von in Deutschland ausgebildeten islamischen Religionslehrern. Hierbei  
639 unterstützen die Koalitionspartner die Bestrebungen von Religionsgemeinschaften,  
640 deutschsprachige, in Deutschland sozialisierte Geistliche, die sich zur freiheitlich-  
641 demokratischen Grundordnung bekennen, zu gewinnen.

642

# Koalition für Wiesbaden

643 Die Koalitionspartner sind sich einig, dass gesellschaftliche Integration am besten  
644 gelingt, wenn Menschen mit Migrationshintergrund und Zugewanderte eingebunden  
645 in die Arbeitswelt – sei es als Selbständige oder Arbeitnehmer tätig sind.

646 Die Koalitionspartner werden bei allen Eltern, speziell bei Familien mit Migrations-  
647 hintergrund darauf hinwirken, dass sie jedem ihrer Kinder einen dreijährigen Kinder-  
648 gartenbesuch ermöglichen. Hierzu starten die Koalitionspartner eine „Offensive zur  
649 Kinderbetreuung“ unter anderem im Elementarbereich. Darüber hinaus sollen Fami-  
650 lien, deren Kinder mit drei Jahren nicht bei Kindertagesstätten angemeldet sind  
651 durch persönliche Anschreiben direkt angesprochen werden. Entsprechende Fi-  
652 nanzmittel haben die Koalitionspartner in den Doppelhaushalt 2006 / 2007 einge-  
653 stellt. Des Weiteren soll entsprechendes Informationsmaterial, z.B. bei Kinderärzten,  
654 ausgelegt werden.

655  
656 Die Koalitionspartner wollen, dass alle Pflegeeinrichtungen eine herkunftsprachliche  
657 Betreuung für ältere Migranten gewährleisten, weil diese in der Regel nur über ge-  
658 ringe Deutschkenntnisse verfügen. Hierbei verfolgen die Koalitionspartner einen  
659 individuellen Ansatz, wonach darauf geachtet wird, dass der einzelne Senior her-  
660 kunftmuttersprachlich betreut wird. Das soll für ambulante Pflegedienste ebenso  
661 gelten wie für die Betreuung in Heimen.

662  
663 Die Koalitionspartner wollen die Jugendförderung derjenigen Sportvereine, die be-  
664 züglich der Integration besonders aktiv sind, zusätzlich unterstützen. Maßstab hier-  
665 für wird der überdurchschnittliche Anteil Jugendlicher mit Migrationshintergrund im  
666 Verein sein, wobei es um den gemeinsamen Sport von deutschen und Kindern mit  
667 Migrationshintergrund geht. Entsprechende Finanzmittel haben die Koalitionspart-  
668 ner in den Doppelhaushalt 2006 / 2007 eingestellt.

669  
670 Die Koalitionspartner werden auf kommunaler Ebene eine „Kommunale Härtefall-  
671 kommission“ einrichten. Diese hat die Aufgabe, in Härtefall-Verfahren beim Land-  
672 tags-Petitionsausschuss Hilfestellungen anzubieten, beispielsweise durch die Abga-  
673 be von Gutachten, ergänzend zur Stellungnahme Ausländerbehörde. Hierbei ist ins-  
674 besondere der Stand der bisherigen Integration anhand objektiver Meßgrößen zu  
675 bewerten.

676  
677 Die Koalitionspartner haben folgenden Umgang mit Menschen, die ohne Aufent-  
678 haltsstatus in Wiesbaden leben, vereinbart: Da sich diese Menschen mit schwierigen  
679 sozialen Problemen konfrontiert sehen, speziell in Bezug auf den Zugang zu einer  
680 medizinischen Grund- bzw. Notfallversorgung sowie die Möglichkeit des Kindergar-  
681 ten- bzw. Schulbesuchs für Kinder, wird ein Arbeitsgremium für diese Problematik  
682 eingerichtet, das aus Vertretern von Behörden sowie Institutionen der Wohlfahrts-  
683 pflege besteht. Seine Aufgabe ist die Erarbeitung von Vorschlägen für praktische  
684 Lösungsmöglichkeiten.

## 685 686 **Bürgerbeteiligung**

687  
688 Die Koalitionspartner werden den „Preis für Zivilcourage – Ludwig-Beck-Preis“ auch  
689 weiterhin unterstützen. Für eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit haben die Koaliti-  
690 onspartner entsprechende Finanzmittel in den Doppelhaushalt 2006 / 2007 einge-  
691 stellt.



# Koalition für Wiesbaden

692

693 Die Koalitionspartner betonen gemeinsam, dass die Ortsbeiräte wichtige Arbeit leis-  
694 ten. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die Ortsbeiräte gestärkt und ihre Be-  
695 teiligungsrechte verbessert werden.

696

697 Die Koalitionspartner wollen die Öffentlichkeitsarbeit bezüglich der Öffnungszeiten  
698 von Ortsverwaltungen sowie einzelner Verwaltungseinheiten verbessern. Es sollen  
699 alle Öffnungszeiten dargestellt werden, um über die Dienstleistungen der Stadt „auf  
700 einen Blick“ informieren zu können. Für eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit haben  
701 die Koalitionspartner entsprechende Finanzmittel in den Doppelhaushalt 2006 /  
702 2007 eingestellt.

703

704 Die Koalitionspartner begrüßen die Anstrengungen, ein zentrales Bürgerbüro einzu-  
705 richten, die als eine zentrale Anlaufstelle für die am häufigsten nachgefragten  
706 Dienstleistungen fungiert. Das zentrale Bürgerbüro soll bürgerfreundliche Öffnungs-  
707 zeiten anbieten, die an die Geschäftszeiten in innenstädtischer Umgebung angepasst  
708 sind.

709

## 710 **Völkerverständigung**

711

712 Die Koalitionspartner wirken daraufhin, dass eine Städtekonzferenz mit den Partner-  
713 städten Wiesbadens durchgeführt wird, um Bilanz zu ziehen, Ausblicke zu wagen und  
714 eine zukünftige Konzeption zu erarbeiten. Entsprechende Finanzmittel für die Ta-  
715 gung haben die Koalitionspartner in den Doppelhaushalt 2006 / 2007 eingestellt.

# Koalition für Wiesbaden

## 716 **Frauenpolitik für Wiesbaden**

717

718 Die Koalitionspartner haben vereinbart, dass es keine Kürzungen für Frauen- und  
719 Familieninitiativen, -einrichtungen bzw. -projekte geben soll. Dort, wo die Verwal-  
720 tung in ihrem Haushaltsentwurf Kürzungen vorgesehen hat (Müttergenesungswerk  
721 und Donum Vitae und Berufswege für Frauen) haben die Koalitionspartner entspre-  
722 chende Finanzmittel wieder in den Doppelhaushalt 2006 / 2007 eingestellt.

723

724 Frauenpolitik ist die primäre Aufgabe des Frauenreferats. Unter diesem Aspekt ist  
725 auch die Zuordnung des lokalen Bündnisses für Familie zu dem Frauenreferat zu ver-  
726 stehen. Entsprechend der Vereinbarung der Koalitionspartner werden Haushaltsmit-  
727 tel aus dem Bereich Soziales der Frauenbeauftragten für das Bündnis für Familie  
728 zugeordnet.

729 Die im Frauenreferat zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel sind vereinbarungsg-  
730 gemäß ausschließlich für frauenspezifische Aufgaben zu verwenden.

731

## 732 **Frauen und Gesundheit**

733

734 Die Koalitionspartner unterstützen die Frauengesundheitsprävention. Bei der Veran-  
735 staltungsreihe „verständliche Medizin“ setzen sich die Koalitionspartner dafür ein,  
736 dass auch frauen- und familienspezifische Themen sowie alternative Ansätze neben  
737 der Schulmedizin angeboten werden. Die bisherigen Gesundheitsveranstaltungen  
738 sollen durch ein niedrigschwelliges Angebot erweitert werden: Es sollen – in Zu-  
739 sammenarbeit mit der Frauenbeauftragten, freien Trägern, dem Gesundheitsamt und  
740 ggf. den Krankenkassen – auch Veranstaltungen außerhalb des Rathauses, in den  
741 Vororten und hier speziell in sozialen Brennpunkten durchgeführt werden.

742

743 Darüber hinaus schaffen die Koalitionspartner im Zuständigkeitsbereich des Ge-  
744 sundheitsdezernats ein niedrigschwelliges Beratungsangebot für Frauen, speziell für  
745 Frauen mit Migrationshintergrund.

746

## 747 **Migrantinnen**

748

749 Als wichtige gemeinsame Aufgabe in den kommenden Jahren und Jahrzehnten erach-  
750 ten wir die Integration der in Wiesbaden lebenden Migrantinnen. Um diesen Frauen  
751 eine Stätte der Begegnung und Anlaufstelle anzubieten, an die sie sich mit ihren spe-  
752 zifischen Anliegen wenden können, schaffen die Koalitionspartner im Zuständig-  
753 keitsbereich des Gesundheitsdezernats eine internationale, niedrigschwellige, psy-  
754 chosoziale und psychotherapeutische Beratungsstelle mit interkultureller Kompe-  
755 tenz. Für das Angebot liegt zur Orientierung ein Konzept der Arbeitsgruppe “Frauen  
756 und Migration“ und des Integrationsamtes vor, wobei nach Möglichkeit durch Ein-  
757 bindung freier Träger Synergieeffekte erzeugt werden sollen. In dieser Begegnungs-  
758 stätte ist die Beratungsstelle für Frauen mit und ohne Migrationshintergrund unter-  
759 gebracht, in der auch Familientage angeboten werden.

760

761

762

763

764

# Koalition für Wiesbaden

## 765 **Gegen häusliche Gewalt**

766

767 Die Koalitionspartner starten eine Öffentlichkeitskampagne, mittels der für das  
768 Thema „häusliche Gewalt“ sensibilisiert und über Anlaufstellen informiert werden  
769 soll. Hierbei werden Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Landesstellen geprüft.

770

## 771 **Einzelprojekte**

772

773 Die Koalitionspartner haben vereinbart, dass...

774 • ...der „Girls Day“ auch für Jungs geöffnet werden soll, sofern diese in so genannte  
775 „typische Frauenberufe“ reinschnuppern;

776 • ...das Projekt „Berufswege für Frauen“ weiterhin im selben Umfang wie bisher  
777 unterstützt wird;

778 • ...ein Programm „Männer mentoren Frauen in Führungspositionen“ aufgelegt  
779 werden soll, mittels dessen erstens die Stadt mit ihrer diesbezüglichen Vorbild-  
780 funktion dargestellt und zweitens in Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Frauen-  
781 Service-Clubs und entsprechenden Frauen-Netzwerken weitere Initiativen ge-  
782 startet werden sollen; hierbei sollen besonders auch Wiedereinsteigerinnen ein-  
783 bezogen werden;

784 • ...frauenpolitische Gesichtspunkte wie die Sicherheit im öffentlichen Raum, frau-  
785 engerechte Architektur und Bauplanung sowie die Erstellung des Nahverkehrs-  
786 planes in der Stadtplanung verstärkt berücksichtigt werden;

787 • ... die Anlauf- und Beratungsstelle ZORA als niedrig schwelliges Angebot für  
788 Mädchen in Krisen- und Konfliktsituationen erstmals eine institutionelle Förde-  
789 rung erhält; entsprechende Finanzmittel haben die Koalitionspartner in den Dop-  
790 pelhaushalt 2006 / 2007 eingestellt;

791 • ...das Frauenmuseum stärker finanziell unterstützt wird; entsprechende Finanz-  
792 mittel haben die Koalitionspartner in den Doppelhaushalt 2006 / 2007 einge-  
793 stellt;

794 • ...eine breite Diskussion um Aufgaben und mögliche Umbenennung des Frauenre-  
795 ferats, z.B. in „Koordinierungsstelle für Frauen, Beruf und Familie“ unter Einbe-  
796 ziehung der zurzeit geltenden Rechtslage (Gleichstellungsgesetz) in Gang ge-  
797 setzt werden soll, um die Bezeichnung des Frauenreferats dem aktuellen Aufga-  
798 benspektrum anpassen zu können.

# Koalition für Wiesbaden

## 799 **Planung, Bau und Verkehr**

800

801 Die Koalitionspartner wollen daran arbeiten, Wiesbaden noch lebenswerter zu gestalten. Die Pflege der einzigartigen historischen Bausubstanz und der Grünzüge gilt es durch weitere städtebauliche Impulse zu ergänzen. Moderne hochwertige Architektur kann und soll hier bemerkenswerte Akzente setzen.

805 Wir brauchen sowohl eine attraktive Innenstadt mit einem vielfältigen Angebot an Wohn-, Arbeits-, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten als auch lebenswerte und lebendige Vororte. Teil dieser Aufwertungsvorhaben ist auch die Herstellung eines attraktiven Tors zwischen City und Westend sowie die Vollendung der Fußgängerzone und die Sanierung der Kleinen Schwalbacher Straße.

810

## 811 **Stadtgestaltung**

812

813 Die Koalitionspartner führen die Gesamtmaßnahme „Neugestaltung Fußgängerzone“ fort. Randbereiche wie z.B. die Schützenhofstraße werden als Teil der Gesamtsanierung einbezogen. Die Koalitionspartner sprechen sich für eine verbesserte baubegleitende Kommunikation aus bezogen auf die Gestaltung der Fußgängerzone, speziell der Grüngestaltung.

818

819 Die Koalitionspartner treiben die Neugestaltung des Vorplatzes sowie die Unterführung des Kaiser-Friedrich-Rings vor dem Hauptbahnhof zügig voran. Entsprechende Finanzmittel haben die Koalitionspartner in den Doppelhaushalt 2006 / 2007 eingestellt.

823

824 Die Koalitionspartner wollen den Platz der deutschen Einheit neu gestalten. Hierbei wird die Anbindung des Westends an die Innenstadt verbessert. Die Verlagerung des Ersten Reviere an den Platz der deutschen Einheit wird angestrebt. Die Jugendverkehrsschule soll von hier verlagert werden; die bestehenden Gebäude sind anschließend nieder zu legen, um den Platz als Zwischenlösung aufwerten zu können.

829

830 Die Koalitionspartner unterstützen die Erarbeitung und Umsetzung einer städtebaulichen Lösung für den Standort der Alten Synagoge am Michelsberg; hier wird unter anderem ein namentliches Gedenken ermöglicht. Eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung haben die Koalitionspartner in den Doppelhaushalt 2006 / 2007 eingestellt.

835

836 Für die Kleine Schwalbacher Straße sowie die Hochstättenstraße befürworten die Koalitionspartner eine Lösung, die dem Charakter des Gebiets angepasst ist. Hierzu zählen eine „kleinteilige Optik“ der Gewerbestruktur; eine kulturelle bzw. eine Wohnnutzung sind jeweils zu prüfen.

840

841 Für die Realisierung des Stadtmuseums sowie die Umfeldgestaltung des Stadtmuseums haben die Koalitionspartner die gemeinsame Ausschreibung eines Architekturwettbewerbs vereinbart. Dieser hat das Innenkonzept zum Stadtmuseum zu berücksichtigen. Das Wettbewerbsgebiet umfasst die Rheinstraße, die Wilhelmstraße, die Mainzerstraße bis zur Kante Dresdner Bank. Hierbei soll die Fläche des jetzigen Parkhauses mit in den Wettbewerb einbezogen werden, weil sie ggf. einer alternati-

# Koalition für Wiesbaden

847 ven Nutzung zugeführt werden kann. Des Weiteren ist die Schaffung neuer Parkflä-  
848 chen im Umfeld der Rhein-Main-Hallen sowie des Stadtmuseum inhaltlich in die Ü-  
849 berlegungen einzubeziehen. Den Entwurf der Ausschreibungsbedingungen zum Ar-  
850 chitekturwettbewerb wollen die Koalitionspartner im zuständigen Fachausschuss  
851 vorgestellt und diskutiert wissen.  
852  
853 Die Koalitionspartner befürworten eine Vorrangig architektonisch anspruchsvolle  
854 Überbauung des Ladehofs der Rhein-Main-Hallen (RMH) bis zur maximalen Höhe  
855 der Halle als RMH-Parkhaus. Die optischen Achsen Hauptbahnhof – Reisinger Anla-  
856 ge – in Verlängerung bis zum Taunus sollen dabei erhalten bleiben. Es wird eine Park-  
857 raumbilanz für diesen Bereich vorgelegt, der die geplante Tiefgarage des Stadtmuse-  
858 ums und den Wegfall des Parkhauses neben der Dresdner Bank berücksichtigt. Die  
859 Anzahl der Stellplätze im Gesamtbereich soll nicht wesentlich erhöht werden.  
860  
861 Die Koalitionspartner haben vereinbart, dass die Rahmenplanung Mainzer Straße  
862 umgesetzt und das Justiz- und Verwaltungszentrums Mainzer Straße realisiert wird.  
863 Das Justizzentrum soll attraktiv an den ÖPNV angebunden werden. Hierbei ist zu  
864 prüfen, ob die offen zu haltende City-Link-Trasse bei Nachweis des entsprechenden  
865 Bedarfs als Bustrasse genutzt werden kann. Die Koalitionspartner befürworten die  
866 Verlagerung des ESWE-Betriebshofs, wenn diese wirtschaftlich darstellbar ist. Die  
867 Koalitionspartner unterstützen die Weiterführung des Kulturparks im Sinne der be-  
868 stehenden Rahmenplanung; ein Nutzungskonzept für den Wasserturm (z.B. Wasser-  
869 museum) ist noch zwischen den Koalitionspartnern zu konkretisieren.  
870  
871 Für das Areal „altes Polizeipräsidium“ befürworten die Koalitionspartner grundsätz-  
872 lich das vorgestellte Stadt/Land-Verwertungskonzept. Das erste Polizeirevier soll an  
873 den Platz der deutschen Einheit verlagert werden; die Vorstellungen zur Umnutzung  
874 des Schenkschen Hauses werden entwickelt und in Verbindung mit einer Aufwer-  
875 tung der Friedrichstraße betrachtet. Die verkehrliche Erschließung über die Tiefgara-  
876 ge „Markt/Dern’sches Gelände“ ist zu prüfen.  
877  
878 Die Koalitionspartner werden die Rheinufergestaltung fortführen. Hierzu gehört un-  
879 ter anderem die nordöstliche Umfahrung der Reduit, für die die Koalitionspartner  
880 Finanzmittel im Haushalt 2006/07 bereitgestellt haben.  
881  
882 Die Koalitionspartner werden das Kriegerdenkmal im Nerotal sanieren und den Platz  
883 gestalten. Entsprechende Finanzmittel haben die Koalitionspartner in den Doppel-  
884 haushalt 2006 / 2007 eingestellt.  
885  
886 Zur Sicherstellung einer sozialverträglichen Wohnraumversorgung streben die Koali-  
887 tionspartner die Ausweisung zusätzlicher Wohnbauflächen für alle Bevölkerungs-  
888 gruppen unter Berücksichtigung ökologischer Belange an.  
889 Bei der Stadtmöblierung haben die Koalitionspartner die Vereinheitlichung der Ver-  
890 tragslaufzeiten der unterschiedlichen, bestehenden Verträge in diesem Bereich ver-  
891 einbart. Das ist die Voraussetzung, um eine umfangreiche Ausschreibung für den  
892 gesamten Bereich Stadtmöblierung inklusive einer intensiven Kosten-Nutzen-  
893 Analyse durchführen zu können. Ziel der Koalitionspartner ist es, ein einheitliches  
894 und längerfristiges Gestaltungskonzept mit einer durchgängigen, wieder erkennba-  
895 ren Wiesbaden-Linie zu realisieren.

# Koalition für Wiesbaden

896

897 Die Koalitionspartner werden prüfen, ob in ausgewiesenen Bereichen Wiesbadens,  
898 speziell in den Villengebieten, durch eine städtische Satzung die Baunutzungsver-  
899 ordnung bezüglich der Staffel- und Sockelgeschosse dahingehend verändern werden  
900 kann, um massive Nachverdichtung einzudämmen.

901

902 Für geplante Bebauungspläne werden die Koalitionspartner eine Prioritätenliste  
903 erstellen, damit mehr Bebauungspläne erstellt werden können, um den Planungsstau  
904 auflösen zu können. Außerdem werden alle Möglichkeiten zur Entschlackung von  
905 Bebauungsplänen überprüft, um das jeweilige Verfahren zu beschleunigen und einen  
906 Beitrag zum Bürokratieabbau zu leisten

907

## 908 **Verkehr**

909

910 Die Koalitionspartner sind sich darin einig, dass eine Gleichbehandlung aller Ver-  
911 kehrsteilnehmer Grundlage einer zukunftsfähigen Verkehrspolitik ist.

912 Der Radverkehr, das Zu-Fuß-Gehen sowie den öffentlichen Personennahverkehr  
913 werden deshalb gefördert. Die Schienenanbindung an die Region wird verbessert  
914 und ausgebaut.

915

916 Die Abwicklung des motorisierten Individualverkehrs wird auf der Grundlage des  
917 Verkehrsentwicklungsplans (VEP) weiter entwickelt, um Lärm- und Luftverschmut-  
918 zung zu verringern, Staus zu vermeiden und Durchgangsverkehre mit den geringsten  
919 Belastungen abzuwickeln. Dazu werden auch Straßensanierungen vorangetrieben,  
920 die die Sicherheit des Autoverkehrs erhöhen. Soweit leistbar werden hierzu Parkflä-  
921 chen in Quartiersgaragen verlagert und dadurch öffentliche Plätze für eine attraktive  
922 Gestaltung und Begrünung zurück gewonnen.

923

924 Die Koalitionspartner verfolgen die Anbindung des Gewerbegebietes Petersweg Ost  
925 über die BAB 671, was eine Rückstufung derselben zur Bundesstraße voraussetzt.

926

927 Die Koalitionspartner haben vereinbart, eine durchgehende Schienenanbindung vom  
928 Hauptbahnhof bis zur Innenstadt (City-Link) zu realisieren. Durchgeführt werden soll  
929 eine Variantenstudie mit verschiedenen Trassierungen (ober-/unterirdisch), Linien-  
930 führungen sowie Einbindungen in ein Gesamtnetz. Die Studie berücksichtigt des  
931 Weiteren die technische Machbarkeit und die Kosten-Nutzen-Relationen der unter-  
932 schiedlichen Varianten-. Das Projekt soll vorrangig über ESWE/LNG finanziert wer-  
933 den.

934

935 Über den City Link hinaus soll Wiesbaden mit der Region schienengebunden vernetzt  
936 werden. Notwendige Kapazitätsausweitungen sind in Verbindung mit City-Link zu  
937 prüfen. Hierbei dient die Studie „Rhein Hessen-Netz“ als eine Grundlage.

938

939 Die Koalitionspartner lassen den Nahverkehrsplan aktualisieren, verfolgen das Pro-  
940 jekt „Mobilitätszentrale“ weiter und konkretisieren es hinsichtlich möglicher Kom-  
941 binutzungen. Die Koalitionspartner wollen bei neu anzuschaffenden Bussen die  
942 Fahrgastsicherheit durch die Ausrüstung der Busse mit Videoüberwachungsanlagen  
943 erhöhen. Die Koalitionspartner lassen eine Bedarfsanalyse für attraktivere Nachtver-  
944 kehre durchführen (z.B. Ruftaxen für den Nachtbetrieb), die nach Möglichkeiten über

# Koalition für Wiesbaden

- 945 Sponsoring finanziert werden soll. Zielgruppen sind hierbei möglicherweise bevor-  
946 zugt Nutzer von Jahreskarten.  
947
- 948 Die Koalitionspartner drängen im Rahmen der Lokalen Nahverkehrsgesellschaft  
949 (LNG) auf eine konsequente Umsetzung des Besteller-/Erstellerprinzips. Bei der  
950 ständigen Erneuerung der Busflotte wird diese nach und nach auf den jeweils abgas-  
951 technisch neuesten Stand der Technik gebracht.  
952
- 953 Die Koalitionspartner haben in den Doppelhaushalt 2006 / 2007 zusätzliche Finanz-  
954 mittel für die Sanierung von Straßen und Gehwege bereitgestellt. Laufende Projekte  
955 wie z.B. die Idsteiner Straße werden fortgeführt. Außerdem wird ein Rundkurs für  
956 Inline-Skater realisiert; entsprechende Finanzmittel haben die Koalitionspartner in  
957 den Doppelhaushalt 2006 / 2007 eingestellt.  
958
- 959 Die Koalitionspartner haben vereinbart, dass im Rahmen des Stationsentwicklungs-  
960 plans vorrangig die barrierefreie Verbindung des Brückenkopfs mit dem Bahnhof  
961 Kastel zu berücksichtigen ist. Die entsprechenden Planungsmittel haben die Koaliti-  
962 onspartner in den Doppelhaushalt 2006 / 2007 durch Höherpriorisierung eingestellt.  
963
- 964 Die Koalitionspartner haben die Realisierung folgender Entlastungsstraßen verein-  
965 bart: Die Verlängerung der Holzstraße zur Erschließung des Künstlerinnenviertels  
966 und die Verlängerung Kurfürstenstraße; die Umgehung Bierstadt-Fichten wird im  
967 Rahmen der Bundesverkehrswegeplanung weiterverfolgt. Nicht weiterverfolgt wird  
968 eine Südumgehung Bierstadt.
- 969 Den südlichen Teil des Westrings als Erschließung zu Neubaugebieten im Nordwes-  
970 ten Nordenstadts werden die Koalitionspartner realisieren; für eine nördliche Umge-  
971 hungs- bzw. Entlastungsstraße sehen die Koalitionspartner in der laufenden Wahlpe-  
972 riode keine Realisierungschance.  
973
- 974 Der Stadtteil Klarenthal soll eine dem Planungsrecht entsprechende Stadtteiler-  
975 schließung erhalten. Diese Stadtteilerschließung kann als Verlängerung des beste-  
976 henden Teils der Goerdelerstraße bis zum Anschluss der Klarenthaler Straße an der  
977 Fachhochschule gebaut werden. Der Straßenbau erfolgt zweispurig. Zusätzlich wer-  
978 den Radwege angelegt. Im Bestandsbereich der Goerdelerstraße wird als Verlänge-  
979 rung des neu anzulegenden Radstreifens ebenfalls ein Radstreifen angelegt. Insges-  
980 amt wird dieser Straßenabschnitt so umgestaltet, dass dauerhaft nur zwei Fahrspu-  
981 ren zur Verfügung stehen. Der Bereich der Goerdelerstraße von der Graf-von-Galen-  
982 Straße bis zu den Gleisen wird einer anderen Nutzung – z. B. Freifläche für Kinder  
983 und Jugendliche – zugeführt. Die nicht dem Planungsrecht entsprechende „E0“ wird  
984 zurückgebaut.  
985
- 986 Die Koalitionspartner verfolgen die Westumgehung nicht weiter.  
987
- 988 Der Durchstich Hagenauerstraße soll realisiert werden.  
989
- 990 Zwecks Verhinderung des Mautausweichverkehrs werden die Koalitionspartner den  
991 rechtlichen Rahmen ausschöpfen und die Sperrung der entsprechenden Straßen B  
992 455 und B 417 für den Schwerlastverkehr anstreben.  
993

# Koalition für Wiesbaden

- 994 Die Koalitionspartner wollen, dass die die Beeinträchtigungen durch den notwendige  
995 Neubau der Schiersteiner Brücke so kurz wie möglich gehalten werden. Daher  
996 soll auch ein PPP-Verfahren zur Realisierung geprüft werden.  
997
- 998 Die Koalitionspartner wollen das Radewegenetz ausbauen und hierzu als erstes die  
999 erforderlichen Radwege realisieren, damit der Hauptbahnhof von allen Richtungen  
1000 mit dem Fahrrad angefahren werden kann. Das soll möglichst im bestehenden Stra-  
1001 ßenquerschnitt realisiert werden. Realisiert werden sollen weiterhin die Radwege  
1002 Bahnhof/Dernsches Gelände, Innenstadt/Sonnenberg-Rambach sowie Innen-  
1003 stadt/Taunusstraße-Nerotat. Soweit möglich, sollen diese Radwege auf den Haupt-  
1004 achsen umgesetzt werden, ansonsten sind Parallelwege zu prüfen.  
1005
- 1006 Die Koalitionspartner haben Realisierung des Velo-Rings vereinbart. Sie sprechen  
1007 sich für die Einrichtung von Radwegen im Umfeld von Schulen aus, um dadurch den  
1008 Schulweg sicherer zu machen. Die Koalitionspartner befürworten die Öffnung von  
1009 Sackgassen für den Radverkehr und die entsprechende Kennzeichnung der Wege.  
1010 Das Ziel hierbei ist eine einheitliche Beschilderung. Die Koalitionspartner befürwor-  
1011 ten weiterhin das Schaffen von Abstellanlagen an größeren Verkehrsknotenpunkten  
1012 und öffentlichen Einrichtungen. Für alle Maßnahmen des Radverkehrs haben die  
1013 Koalitionspartner für 2006 und für 2007 jeweils 200.000 € für den Radverkehr vorge-  
1014 sehen, die dem Garagenfonds entnommen werden.  
1015
- 1016 Hinsichtlich der RMV-Kürzungen lassen die Koalitionspartner im Einzelfall prüfen, ob  
1017 gemeinsam mit der LNG Leistungsausfälle kompensiert werden können. Die Koaliti-  
1018 onspartner schließen einen städtischen Zuschuss nicht aus, um ggf. wegfallende  
1019 Bahnverbindungen zu retten.  
1020
- 1021 Die Koalitionspartner lassen die Ausweitung des Prinzips „Anwohnerparken“ in  
1022 schon vorhandene Garagen (z.B. FH – Elsässerplatz) sowie die Zweitnutzung geeig-  
1023 neter privater Parkplätze prüfen. Neben der Realisierung des Parkhauses an den  
1024 Rhein-Main-Hallen verfolgen die Koalitionspartner die Realisierung von zwei Quar-  
1025 tiersgaragen, wobei verschiedene Finanzierungsmodelle zu prüfen sind.  
1026
- 1027 Die Koalitionspartner sind sich einig, die Quartiersgarage Gutenbergplatz unter fol-  
1028 genden Bedingungen zu realisieren: Es werden 130 Stellplätze in der Garage errich-  
1029 tet; die Platzoberfläche erhält eine attraktive Neugestaltung mit einem hohen Grün-  
1030 anteil; im Verlauf der Klopstockstraße bleibt es bei der Randbeparkung (ca. 30 weite-  
1031 re Stellplätze). Zur Finanzierung wird ein Genossenschaftsmodell aufgelegt, bei dem  
1032 ein Teil der Parkplätze an Private veräußert, ein Teil von der Stadt übernommen wird.  
1033 Sofern die privaten Finanzmittel eine Höhe erreichen, die den städtischen Zuschuss  
1034 auf max. 4 Mio. Euro begrenzt, engagiert sich die Stadt mit diesem Restbetrag bei  
1035 der Realisierung. Die Entnahme erfolgt nicht ausschließlich aus dem Garagenfonds  
1036
- 1037 Die Koalitionspartner halten die Realisierung der Quartiersgarage Elsässerplatz für  
1038 das Gebiet für notwendig. Sie befürworten eine neue Ausschreibung für folgende  
1039 Variante: Es wird eine einstöckige Tiefgarage errichtet; die Oberfläche wird zu 50  
1040 Prozent einer Parknutzung zugeführt, auf den anderen 50 Prozent wird der Platz ges-  
1041 taltet. Ein Zuschuss aus dem Garagenfonds darf sich auf maximal 7 Mio. € belaufen.  
1042 Der Andreasmarkt / das Frühlingsfest wird auf den Gibber Kerbe-Platz verleg.



# Koalition für Wiesbaden

1043

1044 Da eine Modernisierung des stark veralteten Parkleitsystems hohe Investitionen  
1045 verursachen würde, tendieren die Koalitionspartner dazu, über ein Parkmanage-  
1046 mentsystem mittelfristig zu einem Verkehrsleitsystem zu gelangen.

1047 Die Koalitionspartner befürworten eine Überarbeitung der Stellplatzsatzung mit dem  
1048 Ziel, die örtlichen Gegebenheiten stärker zu berücksichtigen. In den Außenbereichen  
1049 sollen bei Neubauvorhaben mehr Stellplätze nachgewiesen werden müssen und im  
1050 Innenstadtbereich soll die Satzung weniger restriktiv gehandhabt werden.

1051

1052 Die Koalitionspartner befürworten grundsätzlich den Behinderten gerechten Ausbau  
1053 von Bushaltestellen. Die entsprechenden Finanzmittel haben die Koalitionspartner  
1054 im Doppelhaushalt 2006 / 2007 fortgeschrieben. In Fällen, in denen die Rechtsgrund-  
1055 lage einen niedrigeren Standard zulässt, werden diese Vorgaben beachtet.

# Koalition für Wiesbaden

## 1056 **Bildungspolitik für Wiesbaden**

1057  
1058 Die Landeshauptstadt Wiesbaden verfügt über ein breit gefächertes Schulangebot,  
1059 das es entsprechend des Elternwillens gezielt weiterzuentwickeln gilt.

1060 Alle Kinder sind unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft entspre-  
1061 chend ihrer Begabungen und Interessen zu fördern.

1062 Dabei gilt es zugleich eine möglichst hohe Durchlässigkeit der Bildungswege zu hö-  
1063 heren Schulabschlüssen zu gewährleisten.

## 1064 1065 **Schulbau und Schulsanierung**

1066  
1067 Lernen gelingt umso besser, je angemessener und anregender das schulische Lern-  
1068 umfeld gestaltet ist.

1069 Deshalb gilt es den Sanierungsstau an den Wiesbadener Schulen möglichst zügig  
1070 aufzulösen. Die Koalitionspartner legen einen besonderen Schwerpunkt auf die Be-  
1071 reiche „Schulbau“ und „Schulsanierung“. Dazu gehören auch die Investitionen im  
1072 Ganztagsbereich. Im aktuellen Haushalt haben die Koalitionspartner das Investiti-  
1073 onsbudget „Schule“ bereits erhöht. Damit die bereitgestellten Finanzmittel tatsäch-  
1074 lich abgerufen werden, flexibilisieren sie die Finanzplanung durch die Neueinführung  
1075 des so genannten „Lufthansaprinzips“: Demnach kann das Budget rein rechnerisch  
1076 bis zu 30 % überbucht werden, damit real bis zum Ende eines Jahres ein annähernd  
1077 100%-iger Mittelabfluss gewährleistet werden kann. Entsprechende Deckungsvor-  
1078 schläge müssen erst zum Jahresende vorgelegt werden.

1079 Durch den Abbau buchungstechnischer Hemmnisse wird zugleich sichergestellt, dass  
1080 bauliche Maßnahmen durch flexiblen Einsatz des bereitgestellten Schulbudgets stets  
1081 dann vollzogen werden können, wenn dies bau- und umsetzungstechnisch Sinn  
1082 macht.

1083  
1084 Die Koalitionspartner sorgen für die Anwendung des Sanierungsgrundsatzes „Schad-  
1085 stoffsanierung hat Vorrang“. Bei Schulneubauten wird eine Mindestgröße der Nor-  
1086 mal-Klassenzimmer von 65 m<sup>2</sup> festgelegt. Bei größeren Sanierungsmaßnahmen (spe-  
1087 ziell im Schadstoffbereich) wird durchgängig die Alternative eines Neubaus geprüft.

1088  
1089 Zusätzlich zu den schon im Haushalt veranschlagten Maßnahmen sollen zuerst die  
1090 Comeniuschule, die Stifter-Schule sowie die Maaßschule saniert werden. Die Turn-  
1091 halle an der Krautgarten-Schule wird gebaut und die Aula im Gymnasium am Mosba-  
1092 cher Berg für einen ganztägigen Betrieb hergerichtet. Als Nächstes sollen das Sei-  
1093 tengebäude der Oranienschule und das Werkstattgebäude der Friedrich-Ebert-  
1094 Schule und saniert werden. Entsprechende Mittel sind bereits im Doppelhaushalt  
1095 2006/2007 eingesetzt.

1096 Weitere Schulsanierungen bzw. -neubauten werden entsprechend ihres Dringlich-  
1097 keitsbedarfes in den nächsten Jahren veranschlagt und umgesetzt.

1098 Die Koalitionsfraktionen vereinbaren ferner, den Bau der großen Turnhalle an der  
1099 Elly-Heuss-Schule zu realisieren. In die Planung sollen die Folgen aus der Niederle-  
1100 gung des „grauen Baus“ mit einbezogen werden, d.h. gegebenenfalls der Neubau von  
1101 Klassenzimmern geplant werden.

1102  
1103  
1104

# Koalition für Wiesbaden

## 1105 Schullandschaft Wiesbaden

1106

1107 Die Koalitionspartner streben an, die aufgrund gesetzlicher Vorgaben gefährdeten  
1108 Schulstandorte in den Stadtteilen möglichst zu erhalten und zu stabilisieren.

1109

1110 Die Koalitionspartner vereinbaren ein Sonderprogramm, dessen Ziel es ist, die Zahl  
1111 der Jugendlichen ohne Schulabschluss zu senken und die schwierige Ausbildungssi-  
1112 tuation, insbesondere für Hauptschüler-/innen zu verbessern. In Zusammenarbeit  
1113 von Schulen, Jugendhilfe und Wirtschaft sollen die Perspektiven für Schüler/innen  
1114 beim Übergang in die Berufswelt verbessert werden. Entsprechende Finanzmittel  
1115 haben die Koalitionspartner bereits in den Doppelhaushalt 2006/2007 eingestellt.

1116

1117 Dem Wunsch der Ludwig-Erhard-Schule auf Einrichtung einer Integrierten Gesamt-  
1118 schule wird gefolgt, wenn die Anmeldezahlen den gesetzlichen Voraussetzungen  
1119 (100 Schülerinnen und Schüler) entsprechen. Übergangsweise wird ebenfalls dem  
1120 Wunsch der Schule gefolgt und eine Integration des Haupt- und Realschulbereichs  
1121 nach dem Modell der Kleistschule angestrebt.

1122

## 1123 Ganztagschulen und Betreuung an Schulen

1124

1125 Die Koalitionspartner wollen das Angebot an Ganztagschulen in Wiesbaden weiter  
1126 ausbauen. Langfristiges Ziel ist die Einrichtung von qualitativ hochwertigen Ganz-  
1127 tagsangeboten in allen Sek-I-Schulen und Grundschulen. Um dieses Ziel von städti-  
1128 scher Seite zu beschleunigen, wird sukzessive an allen Wiesbadener Grundschulen  
1129 ein Betreuungsangebot eingerichtet. Die Koalitionspartner werden ein neues Modell  
1130 entwickeln, das die Zusammenarbeit von städtischen und schulischen Institutionen  
1131 besser vernetzt (z.B. offener Anfang in der Schule, Betreuung ab mittags durch zu-  
1132 sätzliche Kräfte). Weiteres hierzu siehe Kap. „Betreuung im Grundschulalter.“

1133

## 1134 Schulen stärken

1135

1136 Die Koalitionspartner vereinbaren, die Arbeit der Schulen vermehrt zu unterstützen:

- 1137 • Das Projekt „Wiesbadener Schulen ans Netz“ soll fortgeführt und ausgebaut  
1138 werden.
- 1139 • Das Umwelt- und Gesundheitsbewusstsein der Schülerinnen und Schüler soll  
1140 besonders gefördert werden.
- 1141 • Kooperationen mit Vereinen aus den Bereichen Kultur und Sport sollen ge-  
1142 stärkt werden.
- 1143 • Kooperationen mit der der Jugendhilfe und dem Suchthilfezentrum im Be-  
1144 reich der Gewalt- und Drogenprävention werden besonders gefördert.
- 1145 • Im Bereich der Nachmittagsbetreuung in den Grundschulen sollen zusätzliche  
1146 Integrationsmaßnahmen und Maßnahmen zur Deutschförderung angeboten  
1147 werden, die so organisiert sind, dass für die Eltern keine zusätzliche finanziel-  
1148 le Belastung entsteht.
- 1149 • Das Sonderprogramm zur Fachraumausstattung der beruflichen Schulen wird  
1150 fortgeführt.

# Koalition für Wiesbaden

## 1151 **Expertenpool „Schule“**

1152

1153 Nach Willen der Koalitionspartner soll das ehrenamtliche Engagement an das Schul-  
1154 amt angebunden werden.

1155

## 1156 **Benennung/Umbenennung Rudolf-Dietz-Schule**

1157

1158 Da sich die unterschiedlichen Positionen der Koalitionspartner zur Benennung bzw.  
1159 Umbenennung der Rudolf-Dietz-Schule nicht zusammenführen lassen, beauftragen  
1160 sie die Magistratskommission „Anpassung und Widerstand – Konsequenzen aus dem  
1161 Steinbach-Gutachten“ sich dieser Frage anzunehmen. Sie vereinbaren ferner, dass  
1162 die Arbeit in der Kommission bis spätestens Mitte 2007 zu einem einvernehmlichen  
1163 Ergebnis geführt wird.

# Koalition für Wiesbaden

## 1164 Kulturpolitik für Wiesbaden

1165

1166 Kulturelle Teilhabe ohne soziale Ausgrenzung sowie die Möglichkeit Sachverhalte  
1167 über ihre kulturelle Vermittlung neu zu verstehen und neu zu erleben, ist an die Vor-  
1168 aussetzung eines breit gefächerten kulturellen Angebots geknüpft, das neben dem  
1169 Standardrepertoire auch Neues, Unkonventionelles und Unerwartetes für alle inte-  
1170 ressierten Bevölkerungsgruppen bietet. Das vielfältige kulturelle Leben Wiesbadens  
1171 strahlt weit über die Stadtgrenzen – national wie international – hinaus. Es ist ein  
1172 zentraler Faktor für die Lebensqualität in unserer Stadt und entfaltet Anziehungs-  
1173 kraft für die Besucher und Gäste aus aller Welt. Deshalb gilt es, das reichhaltige kul-  
1174 turelle Potenzial der Landeshauptstadt Wiesbaden zu pflegen, finanziell besser ab-  
1175 zusichern und Anreize zu seiner Fortentwicklung zu setzen.

1176

## 1177 UNESCO-Weltkulturerbe

1178

1179 Die Koalitionspartner werden die Bewerbung der Landeshauptstadt Wiesbaden um  
1180 Aufnahme als Weltkulturerbe der UNESCO vorantreiben. Dafür ist der Bestand an  
1181 historischen wertvollen Gebäuden in Wiesbaden zu erfassen. Diejenigen historischen  
1182 Gebäude, die sich im Eigentum der Stadt befinden und nicht als „historisch wertvoll“  
1183 eingestuft werden, können ggf. veräußert werden. Für die historisch wertvollen Ge-  
1184 bäude wird ein Gesamtnutzungskonzept erstellt.

1185

1186 Die historisch wertvollen Gebäude, die sich im Eigentum der Stadt befinden, werden  
1187 saniert mit der Priorisierung Wartburg, Villa Clementine, Pariser Hoftheater. Ent-  
1188 sprechende Finanzmittel haben die Koalitionspartner bereits in dem Doppelhaushalt  
1189 2006 / 2007 eingestellt.

1190

## 1191 Stadtmuseum

1192

1193 Die Koalitionspartner wollen das Stadtmuseum bis Ende 2009 realisieren. Hierzu ist  
1194 eine eigene Stiftung als Träger vorgesehen. Das Projektbüro „Stadtmuseum“ wird  
1195 personell besser ausgestattet; entsprechende Finanzmittel haben die Koalitionspart-  
1196 ner bereits in dem Doppelhaushalt 2006 / 2007 eingestellt. Darüber hinaus haben die  
1197 Koalitionspartner zusätzliche Projektgelder für kleine Kabinettausstellungen im Pro-  
1198 jektbüro im Haushalt zugesetzt.

1199

## 1200 Das vielfältige Kulturangebot fördern

1201

1202 Wiesbaden verfügt über ein vielfältiges und reichhaltiges kulturelles Angebot. Dieses  
1203 wird durch die Koalitionspartner unterstützt und gefördert. Die Koalitionspartner  
1204 haben vereinbart, dass...

1205 • ...die Maifestspiele und die Biennale ohne finanzielle Kürzungen fortgeführt wer-  
1206 den;

1207 • ...private Bühnen und Museen (thalhaus, Pariser Hoftheater, Velvets, Frauenmu-  
1208 seum) zusätzlich finanziell gefördert werden; entsprechende Finanzmittel haben  
1209 die Koalitionspartner bereits in dem Doppelhaushalt 2006 / 2007 eingestellt;

1210 • ...der Etat des Medienzentrum angehoben wird; entsprechende Finanzmittel ha-  
1211 ben die Koalitionspartner bereits in dem Doppelhaushalt 2006 / 2007 eingestellt;

# Koalition für Wiesbaden

- 1212 • ...die Stadtbibliothek modernisiert und ausgebaut, ihr Standort optimiert sowie  
1213 ihr Medienetat angehoben wird;
- 1214 • ...die Volkshochschule und die Musikschule finanziell gestärkt werden. Entspre-  
1215 chende Finanzmittel haben die Koalitionspartner bereits in den Doppelhaushalt  
1216 2006/2007 eingestellt.
- 1217 • ... Kunstsommer bzw. Skulpturenpark finanziell abgesichert und gestärkt werden,  
1218 wobei 2008 ein Skulpturenpark und 2010 ein Kunstsommer durchgeführt werden  
1219 wird, deren Konzepte noch zu erarbeiten sind;
- 1220 • ...der Nassauische Kunstverein, der Bellevuesaalverein sowie der Künstlerverein  
1221 Walkmühle finanziell gestärkt werden; entsprechende Finanzmittel haben die  
1222 Koalitionspartner bereits in dem Doppelhaushalt 2006 / 2007 eingestellt;
- 1223 • ... Erbpachtverträge für den Nassauischen Kunstverein und den Künstlerverein  
1224 Walkmühle angestrebt werden;
- 1225 • ...Kultur direkt und Stadtteilinitiativen unterstützt und gefördert werden;
- 1226 • ...vermehrt Atelier- und Proberäume zur Verfügung gestellt werden;
- 1227 • ...versucht wird, die Artothek in die Innenstadt zu verlegen;
- 1228 • ...beim Kunsthaus das Atelierkonzept beibehalten werden soll;
- 1229 • ...Wiesbaden als Jawlensky-Stadt gestärkt werden soll, indem alle drei Jahre ein  
1230 Jawlensky-Preis vergeben, die Ausstellung finanziell abgesichert sowie ein  
1231 Nachwuchsstipendium unter Einbeziehung von Kunstvereinen eingerichtet wird.
- 1232 • ...das Literaturhaus gestärkt und der Wiesbadener Krimiherbst gestärkt werden;
- 1233 • ...Jugendtheater und Jugendkultur gestärkt und die Zusammenarbeit mit Schulen,  
1234 Vereinen und freien Initiativen erweitert sowie das Schultheaterzentrum ausge-  
1235 baut wird;
- 1236 • ...der European Youth Circus finanziell gestärkt und ausgebaut wird;
- 1237 • ...ein Beitritt zur „Kulturregion Rhein-Main“ dann in Frage kommt, wenn eine  
1238 gleichberechtigte Partnerschaft der teilnehmenden Gebietskörperschaften – oh-  
1239 ne Dominanz Frankfurts – sichergestellt ist;
- 1240 • ...die Fluxus-Idee gefördert wird, insbesondere das Engagement zur Sicherung der  
1241 Fluxus-Bestände in Wiesbaden.

1242

## 1243 **Filmstadt Wiesbaden**

1244

1245 Die Koalitionspartner wollen Wiesbaden als Filmstadt mit den Schwerpunkten „Film“  
1246 und „Medien“ stärken. Die entsprechenden Institutionen sollen in Wiesbaden gehal-  
1247 ten werden; für den Neubau der Murnau-Stiftung wird dieser ein geeignetes Bauge-  
1248 lände angeboten. Die Aktivitäten rund um das Caligari werden ausgebaut, das  
1249 Exground-Filmfestival verstärkt gefördert. Entsprechende Finanzmittel haben die  
1250 Koalitionspartner bereits in dem Doppelhaushalt 2006 / 2007 eingestellt.

1251

1252 Die Koalitionspartner wollen das Fernsehkrimifestival ausbauen und verstärkt Ko-  
1253 operationsprojekte mit Filminstitutionen, Sendeanstalten (Hörfest) und Fachhoch-

# Koalition für Wiesbaden

1254 schule verwirklichen. Entsprechende Mittel wurden bereits in den Doppelhaushalt  
1255 2006/2007 eingestellt. Es wird geprüft, ob das Medienzentrum künftig im – an der  
1256 Mainzer Straße angestrebten – Neubau der Murnau-Stiftung untergebracht werden  
1257 kann Die Idee des Fernשמuseums wird weiterverfolgt.

1258

## 1259 **Künstlerinnenförderung**

1260

1261 Die Koalitionspartner vereinbaren, dass jährlich ein Stipendium an eine Wiesbadener  
1262 Künstlerin vergeben wird, wobei die Sparten gewechselt werden. Dadurch soll der  
1263 künstlerische Nachwuchs bzw. der Wiedereinstieg von Künstlerinnen in ihr Berufsle-  
1264 ben gefördert werden. Die Frauenbeauftragte wird in das Projekt eingebunden.

1265

## 1266 **Kulturpark**

1267

1268 Die Koalitionspartner werden den Kulturpark zügig ausbauen. Hierfür sind entspre-  
1269 chende Finanzmittel in den Haushalten einzustellen, dies ist im Doppelhaushalt  
1270 2006/2007 entsprechend geschehen.. Der Wasserturm wird als Denkmal gesichert  
1271 und erhalten; entsprechende Finanzmittel haben die Koalitionspartner bereits in  
1272 dem Doppelhaushalt 2006 / 2007 eingestellt. Sie werden sich auf ein Nutzungskon-  
1273 zept für den Wasserturm verständigen.

1274

1275 Nach Willen der Koalitionspartner wird das Kulturzentrum Schlachthof (KuK) finan-  
1276 ziell dauerhaft abgesichert. Neben der Weiterführung des jährlichen Investitionszu-  
1277 schusses haben die Koalitionspartner in dem Doppelhaushalt 2006 / 2007 zusätzlich  
1278 einen Einmalzuschuss für den Anbau eingestellt.

1279

## 1280 **Stadtarchiv**

1281

1282 Die Koalitionspartner wollen das Stadtarchiv personell stärken und nach einem adä-  
1283 quaten Standort mit einer besseren Anbindung an die Innenstadt suchen.

1284

## 1285 **Mahnen und Gedenken**

1286

1287 Die Zukunft kann nur gewinnen, wer sich der Vergangenheit bewusst ist. Deshalb gilt  
1288 es, die Erinnerungsarbeit und die Auseinandersetzung mit den Schrecken der natio-  
1289 nalsozialistischen Diktatur sowie ihren Opfern durch die Verwirklichung von ange-  
1290 messenen Orten des Mahnens und Gedenkens zu unterstützen.

1291

1292 Die Koalitionspartner werden authentische Orte des Mahnens und Gedenkens erhal-  
1293 ten und verknüpfen. Sie setzen sich dafür ein, dass die Beschlüsse vom Frühjahr 2005  
1294 an der Rampe am Schlachthof (Beton-Sanierung Fauth'sche Wand; hier fotorealisti-  
1295 sche Darstellung des Deportationsgeschehens, Installation Info-Steile, Entrümpelung  
1296 und Sicherung des Geländes) unverzüglich umgesetzt werden.

1297

1298 Die Koalitionspartner gewährleisten die Umsetzung der Ergebnisse des Ideenwett-  
1299 bewerbs zum namentlichen Gedenken am Michelsberg. Entsprechende Finanzmittel  
1300 sind im Doppelhaushalt bereits berücksichtigt.

1301

# Koalition für Wiesbaden

1302 Das Konzept von Jenny Holzer für eine künstlerisch gestaltete Gedenkstätte wird in  
1303 Absprache mit der Künstlerin an einem der von der Koalition vorgeschlagenen Orte  
1304 realisiert, den sie mit ihrem künstlerischen Anspruch vereinbaren kann. Durch das  
1305 bestehende Konzept für die künstlerische Gestaltung und die Verknüpfung mit au-  
1306 thentischen Orten Wiesbadens trägt die Gedenkstätte authentische Züge. Als  
1307 Standorte werden geprüft:

- 1308 - in den Reisinger Anlagen im Bereich hinter dem Geschwister-Stock-Platz
- 1309 - neben dem Stadtmuseum/Platz vor der Dresdner Bank
- 1310 - im Kulturpark.

1311 Entsprechende Finanzmittel haben die Koalitionspartner bereits im Doppelhaushalt  
1312 eingestellt.

1313

## 1314 **Denkmäler in Wiesbaden**

1315

1316 Die Koalitionspartner sind sich einig, dass eine klare Abgrenzung zwischen Denkmä-  
1317 lern und künstlerischen Skulpturen vorgenommen werden muss. Der Sanierungsbe-  
1318 darf der Denkmäler in Wiesbaden soll erfasst und anschließend eine Prioritätenliste  
1319 für die Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen erstellt werden. Entsprechende Fi-  
1320 nanzmittel werden in den Haushalten berücksichtigt.



# Koalition für Wiesbaden

## 1321 **Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung**

1322

1323 Angesichts fortbestehender wirtschaftlicher Risiken ist ein effizienter und sparsamer Einsatz städtischer Haushaltsmittel erforderlich, aber auch die Bereitschaft zu zielgerichteten Investitionen. Die Koalitionspartner halten am Prinzip der Netto-Neuverschuldung-Null fest.

1327

1328 Um neue qualitative Wachstumsimpulse freizusetzen, gilt es neue Anreize zu schaffen. Wiesbaden muss der Ruf vorausereilen, besonders unkompliziert, modern und charmant zu sein. Bürokratische Hemmnisse, die diesem Ruf im Wege stehen, werden weiter abgebaut.

1332

## 1333 **Beschäftigung**

1334

1335 In den Augen der Koalitionspartner ist die Arbeitslosigkeit in Wiesbaden zu hoch. Eingedenk der beschränkten Einflussmöglichkeiten der Kommune wollen die Koalitionspartner alle im kommunalen Verantwortungsbereich liegenden Maßnahmen ergreifen, um die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu senken. Hierzu zählen insbesondere...

1339 • ...die Ausweisung von Flächen zwecks Ansiedlung von Unternehmen (z.B. Gewerbegebiet Petersweg-Ost);

1340

1341 • ...die Umsetzung des Konzepts einer kommunalen Sparkasse zur Finanzierung klein- und mittelständischer Unternehmen (siehe unten);

1342

1343 • ...die Fortführung bzw. Ausdehnung von Projekten auf dem 2. Arbeitsmarkt (z.B. WJW, Alltagsengel);

1344

1345 • ...die Bildung bzw. Qualifizierung von (potentiell) Erwerbstätigen;

1346 • ...die Erhöhung der Aktivierungsquoten von Frauen und Ältere insbesondere im qualifizierten Bereich.

1347

1348 Die Koalitionspartner haben in den Doppelhaushalt 2007 Mittel in Höhe von 400.000 Euro für Aktionen gegen Jugendarbeitslosigkeit eingestellt.

1351

## 1352 **Wohnungspolitik**

1353

1354 Die sozialverträgliche Veräußerung städtischer Wohnungen an ihre bisherigen Mieter wird fortgeführt. Die Koalitionspartner stehen für eine „Zukunftsorientierte Wohnraumversorgung“. Sie werden eine so genannte „Schwellenförderung“ einführen, mit deren Hilfe es auch Geringverdienern ermöglicht wird, Wohneigentum zu bilden. Die Dichotomie, „Reiche kaufen, Arme mieten“, wird abgelöst durch „Wohnorttreue kaufen, Mobile mieten“. Eine „Schwellenförderung“ in diesem Sinne sieht vor, dass im Falle von Arbeitslosigkeit die Stadt Zinszahlungen im Rahmen der Grundsicherung verbürgt.

1362

1363 Der Derzeitige Umfang von Wohnraum in öffentlicher Hand soll gehalten werden; durch Modernisierung, Verkauf bzw. Kauf wird das städtische Wohneigentum umgeschlagen.

1365

1366

# Koalition für Wiesbaden

1367 Die Koalitionspartner begrüßen den Prozess, der zu einer Fusion der städtischen  
1368 Wohnungsbaugesellschaften GWW und GeWeGe führen kann. Die Koalitionspartner  
1369 lassen prüfen, ob Anteile an der Nassauischen Heimstätte bzw. der Wohnbau Mainz  
1370 gegen Häuser getauscht werden sollen.

1371  
1372 Eine Maßnahme, um der Abwanderung ins Umland entgegenzuwirken, ist das Ange-  
1373 bot von Einfamilienhäusern für 250.000 Euro Obergrenze im Künstlerinnenviertel.  
1374 Die Bebauung soll nach Willen der Koalitionspartner ökologisch optimiert durchge-  
1375 führt werden, was nichts an der Obergrenze ändert, aber hilft, die Nebenkosten mög-  
1376 lichst gering zu halten. Eine weitere beispielhafte Maßnahme ist der Obere Win-  
1377 gertsweg, wo Wohneinheiten gezielt an Familien mit mindestens zwei Kindern ver-  
1378 kauft werden. Die Koalitionspartner legen auf den Wohnbau insbesondere für junge  
1379 Familien einen Schwerpunkt, wobei bestehende und neue Siedlungsgebiete nicht  
1380 monostrukturiert werden sollen.

## 1381 1382 **Aktives Flächenmanagement**

1383  
1384 Die Koalitionspartner bekennen sich zu einem aktiven Flächenmanagement.  
1385 Die Koalitionspartner unterstützen weiterhin sich selbst tragende Umwidmungen im  
1386 Sinne des Bürgerhauses Medenbach.

1387  
1388 Die Landeshauptstadt Wiesbaden trägt dafür Sorge, dass dem Einzelhandel in der  
1389 Wiesbadener City und den Nachbarkommunen durch die Neusiedlung von Unter-  
1390 nehmen in Wiesbadener Gewerbegebieten keine untragbare Konkurrenz durch de-  
1391 ren innenstadtrelevante Kern- und Randsortimente gemäß der Definition im GMA-  
1392 Gutachten zugemutet wird.

## 1393 1394 **Teile des Stadtkonzerns**

1395  
1396 Hinsichtlich der Berichtspflichten der Gesellschaften fordern die Koalitionspartner  
1397 die Offenlegung der Managergehälter bei Abschlüssen von Neuverträgen mit Ge-  
1398 schäftsführern. Die Koalitionspartner wollen die Risikoberichterstattung weiter-  
1399 entwickeln, die ausführlicher auch zum Beratungsgegenstand in den städtischen  
1400 Gremien werden soll. Die Koalitionspartner befürworten bei der Entlohnung von  
1401 Geschäftsführern das  
1402 Erstellen von Vergütungsbändern, bestehend aus Fixum, Variablen, Dienstwagen  
1403 und Versorgung.

1404  
1405 Die Koalitionspartner verfolgen die kurzfristige Zusammenführung der Vermark-  
1406 tungs- und Betriebsplattform der Rhein-Main-Hallen mit denen der Kurbetriebe.  
1407 Langfristig soll es insgesamt zu einer Zusammenführung unter einem gemeinsamen  
1408 Dach kommen, wobei zwei Einheiten beibehalten werden sollen.

1409  
1410 Für Baumaßnahmen schaffen die Koalitionspartner eine konzerninterne Konkurrenz-  
1411 situation: Die Stellen, die über Baumittel verfügen, können frei entscheiden, ob sie  
1412 mit einem Amt, einer Wohnbaugesellschaft oder einem Privaten kontrahieren wol-  
1413 len, damit bereitgestellte Finanzmittel planmäßig abfließen.

1414

# Koalition für Wiesbaden

1415 Wivertis wird in den nächsten fünf Jahren positiv von den Koalitionspartnern beglei-  
1416 tet. Die Koalitionspartner unterstützen Wivertis dabei, die Servicequalitäten fortzu-  
1417 entwickeln, indem mittels eines strengen Controllings über die Einhaltung der Servi-  
1418 cegarantien gewacht wird und ggf. Mitarbeiter stärker gefordert werden. Die Koaliti-  
1419 onspartner gehen davon aus, dass die so genannte „48-Stundengarantie“ von Wiver-  
1420 tis sich auf 48 Zeitstunden bezieht.

1421

## 1422 **Weitere Punkte**

1423

1424 Die Koalitionspartner sehen PPP-Projekte als eine mögliche Variante bei der Realisie-  
1425 rung von Maßnahmen.

1426

1427 Die Koalitionspartner werden die Bewerbung der Landeshauptstadt Wiesbaden um  
1428 Aufnahme als Weltkulturerbe der UNESCO vorantreiben. Dafür ist der Bestand an  
1429 historischen wertvollen Gebäuden in Wiesbaden zu erfassen. Diejenigen historischen  
1430 Gebäude, die sich im Eigentum der Stadt befinden und nicht als „historisch wertvoll“  
1431 eingestuft werden, können ggf. veräußert werden. Für die historisch wertvollen Ge-  
1432 bäude werden Nutzungskonzepte erstellt.

1433

1434 Die Koalitionspartner werden für den Fall, dass die European Business School Einhei-  
1435 ten nach Wiesbaden verlagert, diesen Prozess unterstützen.

1436 Die Koalitionspartner unterstützen Business Improvement Districts (BID) / INGE.

1437 Wo im rein öffentlichen Raum durch die Stadt saniert wird und diese Maßnahmen  
1438 zum Nutzen von privaten Anliegern ist, sollen diese angemessen an den Sanierungs-  
1439 kosten beteiligt werden. Die Koalitionspartner befürworten eine Anschubfinanzie-  
1440 rung für das erste BID in Wiesbaden.

1441

1442 Da sich die gegensätzlichen Positionen der Koalitionspartner bezüglich der Zulas-  
1443 sung von verkaufsoffenen Sonntagen nicht zusammenführen lassen, bleibt die der-  
1444 zeitige Regelung (zwei verkaufsoffene Sonntage) unangetastet.

1445

1446 Die Koalitionspartner wollen das eGovernment weiterentwickeln, um das Virtuelle  
1447 Rathaus zu realisieren.

1448

## 1449 **Stadtmöblierung / Außenwerbung**

1450

1451 Die Koalitionspartner haben vereinbart, dass die Themen „Stadtmöblierung, Außen-  
1452 werbung“ in einem politischen Prozess entschieden werden. Mit einem unabhängi-  
1453 gen Berater und unter Einbeziehung möglicher Interessenten wird ein Netz von  
1454 Standorten zwecks optimaler Vermarktung erstellt. Die Außenwerbung auf Privat-  
1455 grundstücken wird hierbei mit einbezogen und zurückgeführt.

1456 Die Harmonisierung der Laufzeiten bestehender Verträge (Haltestellen, Stadtwer-  
1457 bung) wird mit dem traditionellen Partner DSM /Stroer verhandelt. Ergänzend wird  
1458 ein Gesamtkonzept „Stadtmöblierung – Außenwerbung“ mit interessierten Partnern  
1459 besprochen, das innovative Produktentwicklungen umfassen soll, z. B.:

1460 • Energieeinsparungen durch intelligente Beleuchtungskonzepte

1461 • City-Guide

1462 • Elektronische Qualitätskontrollen

# Koalition für Wiesbaden

- 1463 • Fahrradverleihsystem
- 1464 • die interaktive Wartehalle
- 1465 • WC-Anlagen
- 1466
- 1467 Die Gremien und die Öffentlichkeit sind hierbei laufend zu beteiligen. Am Ende des
- 1468 Prozesses steht die zweistufige Entscheidung:
- 1469 • Was ist gewollt (Qualität)?
- 1470 • Zu welchen finanziellen Konditionen kann dies zur Verfügung gestellt werden
- 1471 (Qualität)?
- 1472
- 1473 Eine Ausschreibung wird durchgeführt, wenn die Qualität zu gleichen Ergebnissen
- 1474 führt.
- 1475
- 1476 **Kommunale Sparkasse**
- 1477
- 1478 Die Koalitionspartner bekennen sich zur kommunalen Sparkasse. Sie lehnen die
- 1479 Schaffung einer Rhein-Main-Bank ab, sofern sie nicht von den Städten und Gemein-
- 1480 den unmittelbar oder durch einen Zweckverband getragen wird. Die Koalitionspart-
- 1481 ner bekennen sich zur Arrondierung des Geschäftsgebietes der NASPA mit Einglie-
- 1482 derung der Sparkassen Limburg, Weilburg, Westerwald und der Taunus-Sparkasse.
- 1483 Nach dem Willen der Koalitionspartner orientiert sich die kommunale Sparkasse am
- 1484 Prinzip der Verbandstreue innerhalb des Stadtkonzerns und der S-Finanzgruppe / der
- 1485 kommunalen Familie.
- 1486
- 1487 Die NASPA ist der Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge für den Sektor „Finanz-
- 1488 dienstleistungen“. In der laufenden Wahlperiode erwarten die Koalitionspartner ein
- 1489 Konzept zur Finanzierung klein- und mittelständischer Unternehmen, über dessen
- 1490 Umsetzung regelmäßig im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
- 1491 berichtet werden soll. Die Koalitionspartner erwarten weiter die erhöhte Durchdrin-
- 1492 gung mit Dienstleistungen Kapital gedeckter Versorgung auf privater oder betriebli-
- 1493 cher Ebene, worüber regelmäßig im Sozialausschuss berichtet werden soll.

# Koalition für Wiesbaden

## 1494 **Freizeit und Sport**

1495

1496 Für die Koalitionspartner CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP stellt der Sport-  
1497 und Freizeitbereich eine überaus wichtige Aufgabe für die Lebensqualität einer Stadt  
1498 dar. Wiesbaden ist aufgrund vieler kleinerer und größerer Sportveranstaltungen und  
1499 Sportangebote sowie seiner guten Sportinfrastruktur, deren Nutzung den Wiesbade-  
1500 ner Sportvereinen mietfrei zur Verfügung gestellt wird, eine Sportstadt. Die Koaliti-  
1501 onsfraktionen stimmen überein, das sportliche Angebot in Wiesbaden in den kom-  
1502 menden Jahren weiter verbessern zu wollen. Wichtige Grundlage für die Arbeit an  
1503 der „Sportstadt Wiesbaden“ ist der vom Stadtparlament verabschiedete Sportent-  
1504 wicklungsplan. Dabei kommt der Sportverwaltung eine Dienstleistungsfunktion für die  
1505 Vereine zu.

1506

1507 Die über 240 Sportvereine nehmen über ihr eigentliches sportliches Angebot hinaus  
1508 wichtige soziale, erzieherische und integrative Funktionen wahr. Die Koalitionsfrak-  
1509 tionen sind sich einig, die Sportvereine im Rahmen der finanziellen und administrati-  
1510 ven Möglichkeiten wo immer möglich finanziell, organisatorisch und ideell zu unter-  
1511 stützen.

1512

1513 Ziel muss es sein, möglichst viele Wiesbadenerinnen und Wiesbadener für ein Enga-  
1514 gement, unabhängig ob als aktiver Sportler oder bei der Organisation im Verein, zu  
1515 gewinnen. Dies setzt ein attraktives Angebot an Sporteinrichtungen und Sportanla-  
1516 gen voraus. Ebenso ist als Voraussetzung für einen erfolgreichen Sportbetrieb die  
1517 Nutzung der Sportanlagen für die Wiesbadener Sportvereine zum Nulltarif zu nen-  
1518 nen, die trotz steigender Belastungen auch in Zukunft gewährleistet wird.

1519

1520 Neben den klassischen vereinsgebundenen Sportarten nimmt die vereinsungebunde  
1521 sportliche Betätigung einen immer breiteren Raum ein. Dies ist auf unterschiedliche  
1522 Ursachen, wie beispielsweise die zunehmende berufliche Belastung, die eine zeitlich  
1523 feste sportliche Betätigung nicht zulässt oder das Ausüben von Trendsportarten, die  
1524 bisher in Vereinen nicht angeboten werden, zurückzuführen. CDU, Bündnis 90/ Die  
1525 Grünen und FDP werden auch in diesem Bereich Angebote ermöglichen. Ebenso wie  
1526 bei den vereinsgebundenen Sportarten wird die Stadt keine eigenen Veranstaltun-  
1527 gen durchführen, sondern Organisatoren unterstützen.

1528

1529 Die Koalitionsfraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP verständigen  
1530 sich über die im Haushaltsplanentwurf der Kämmerei festgelegten Maßnahmen hin-  
1531 aus auf folgende konkrete Vorhaben:

1532

## 1533 **Wiesbadener Bäderlandschaft erhalten**

1534

1535 Die Wiesbadener Bäderlandschaft ist aufgrund des breiten und attraktiven Angebo-  
1536 tes weit über die Stadtgrenzen anerkannt. Aufgrund der schwierigen Finanzsituation  
1537 der vergangenen Jahre war das Hauptaugenmerk im Bäderbereich darauf gerichtet,  
1538 das Angebot zu sichern. Mit einer besseren Haushaltssituation muss in den kom-  
1539 menden Jahren daran gearbeitet werden, die Qualität und den baulichen Zustand der  
1540 Bäder in den nächsten Jahren zu verbessern, um so auch in Zukunft ein wettbewerbs-  
1541 fähiges Angebot zu gewährleisten.

# Koalition für Wiesbaden

1542

1543 Als konkrete Maßnahmen vereinbaren CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP:

- 1544 • Schaffung einer Bädergesellschaft, die den Betrieb aller Wiesbadener Bäder zu-  
1545 sammenführt.
- 1546 • Denkbar ist auch ein Betrieb durch Private, wobei die Stadt weiterhin Eintritts-  
1547 preise und Nutzungszeiten bestimmen kann, die Bäder im städtischen Eigentum  
1548 verbleiben und den gegenwärtigen Mitarbeitern Bestandsschutz ihrer Rechte und  
1549 Pflichten gewährt wird und die Stadt die Mehrheit hält.
- 1550 • Sollte bis zum 31.12.2007 keine Vereinbarung mit einem privaten Betreiber zu  
1551 Stande kommen, wird eine rein städtische Gesellschaft gegründet. Für die Vorbe-  
1552 reitungsphase sind städtische Mittel, beispielsweise für die Vorbereitung der  
1553 Ausschreibung bereitzustellen.
- 1554 • Neu einzustellendes Personal wird nicht mehr nach TVÖD bezahlt werden, um  
1555 dauerhaft wettbewerbsfähig zu bleiben.
- 1556 • Der Bau eines neuen Hallenbades wird für die Standorte Kallebad und Kostheim  
1557 geprüft. Auch der Bau eines Allwetterbades wird dabei untersucht. Sofern die  
1558 Weiterführung des ESWE-Bades als reines Schul- und Vereinsbades technisch und  
1559 zu finanziell vertretbaren Konditionen möglich sein sollte, kann dieses Angebot  
1560 auch für die Frühschwimmer beibehalten werden. In diesem Fall könnte auf ein  
1561 50 Meter-Becken in einem Neubau verzichtet werden. Für den Neubau werden  
1562 Planungsmittel bereitgestellt.
- 1563 • Für die notwendigen Sanierungs- und Neubaumaßnahmen werden jährlich 1  
1564 Mio. € in den Haushalt eingestellt. Auf Basis des Bädergutachtens sollen die  
1565 notwendigen Maßnahmen und die Prioritäten im Bäderbereich erarbeitet wer-  
1566 den.

1567

## 1568 **Sporthallen**

1569

1570 Der Neubau einer Drei-Felder-Schulsporthalle für die Elly-Heuss-Schule hat höchste  
1571 Priorität für den Schulsport. Nach Ende des Unterrichtes sollte die Halle dem Ver-  
1572 einssport zu Trainingszwecken zur Verfügung stehen.

1573

1574 Der Bau einer Multifunktionshalle kann realisiert werden, wenn ein zuschussfreier  
1575 Betrieb gewährleistet und durch Beteiligung privater Betreiber dargestellt wird. Der  
1576 Sportetat darf durch den Bau einer Multifunktionshalle nicht belastet werden.

1577

## 1578 **Sportplätze**

1579

1580 In jedem Doppelhaushalt soll ein Kunstrasenplatz neu geschaffen werden. Ebenso  
1581 soll jeweils eine Kunstrasenfläche saniert werden. Die bestehende Prioritätenliste  
1582 wird abgearbeitet. Sofern sich durch andere Finanzierungsformen der Neubau von  
1583 Kunstrasenflächen beschleunigen lässt, wird eine neue Prioritätenliste in Zusam-  
1584 menarbeit mit der Freizeit- und Sportkommission erstellt.

1585

1586

# Koalition für Wiesbaden

## 1587 **Stadion Berliner Straße**

1588

1589 Das Stadion Berliner Straße als Mehrzweckstadion ist für die Bedürfnisse des Wies-  
1590 badener Fußballes und der Leichtathletik mittelfristig ausreichend. Wünschenswert  
1591 sind der Bau eines Kunstrasenplatzes sowie Sanierungsmaßnahmen an der Tribüne.  
1592 In diesem Zusammenhang ist zu klären, ob das bestehende Dach saniert oder durch  
1593 eine neue Konstruktion ersetzt werden soll.

1594

## 1595 **Weitere Freizeiteinrichtungen**

1596

1597 Sofern eine Verlagerung der Eisbahn aus wirtschaftlichen Gründen möglich ist, ste-  
1598 hen die Koalitionsfraktionen dem Neubau an einem anderen Standort offen gegen-  
1599 über. Dabei sollten Alternativen geprüft werden, an denen verschiedene Sportange-  
1600 bote vereint werden können.

1601

1602 Die Freizeiteinrichtungen Rettbergsau und Unter den Eichen bleiben wie bisher  
1603 erhalten.

1604

1605 **Inline-Skater-Kurs:**

1606 Der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Inline-Skater-Kurs soll um-  
1607 gesetzt werden. Dabei sollen weitere qualitative Verbesserung der Strecke  
1608 Mechthildshausen-Erbenheim-Delkenheim (z.B. Beschilderung, Unterstell- und Aus-  
1609 ruhemöglichkeiten,...) geprüft werden. Die Sauberkeit der Wirtschaftswege soll in  
1610 einem Gespräch mit den Landwirten geklärt werden. Beschilderung für den Weg als  
1611 Attraktivierung.

1612

## 1613 **Tribüne für American Football**

1614

1615 Für eine zusätzliche Tribüne zur Verbesserung der Zuschauerplätze bei Spielen der  
1616 Wiesbaden Phantoms im Europaviertel werden 30.000 Euro bereitgestellt.

1617

## 1618 **Belastungen durch Energiekostensteigerungen**

1619

1620 Die Mehrwertsteuererhöhung und vor allem die Energiekostensteigerung bedeuten  
1621 für den gesamten Sporthaushalt der Landeshauptstadt Wiesbaden ab 2007 eine zu-  
1622 sätzliche Belastung von jährlich 145 T€. Um die sozialverträglichen Eintrittspreise  
1623 sowie die kostenlose Nutzung von Sporthallen weiterhin zu gewährleisten, wird die-  
1624 ser Betrag dem Haushalt zugesetzt. Die weiter steigenden Energiebelastungen stel-  
1625 len für den Wiesbadener Sport eine erhebliche Belastung dar. In Zusammenarbeit  
1626 mit dem Innovationsfonds sowie den Baudezernat sollen Sportanlagen (sowohl städ-  
1627 tisch als vereinseigen) auf Energieeinsparungen sowie neue und wirtschaftliche E-  
1628 nergieversorgungsanlagen untersucht werden. Sofern sich daraus eine Rentierlich-  
1629 keit ergibt, sind diese Beträge dem Investitionshaushalt zuzusetzen und durch die  
1630 jährlichen Einsparungen zu finanzieren.

1631

## 1632 **Sportveranstaltungen**

1633

1634 Die Landeshauptstadt Wiesbaden unterstützt zahlreiche Sportveranstaltungen von  
1635 besonderer Bedeutung mit einem finanziellen Betrag, um das Zustandekommen zu

# Koalition für Wiesbaden

1636 gewährleisten. CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP verständigen sich auf nach-  
1637 folgende Punkte:

1638 • Verdopplung der Zuschüsse für das Jugendfußballturnier der Spvgg Sonnenberg  
1639 von 1250 auf 2500 €

1640 • Verdopplung der Zuschüsse für das Internationale Jugendturnier von Biebrich 02  
1641 von 1250 auf 2500 €

1642 • Erhöhung Energiekostenzuschusses um 30 T€ für vereinseigene Anlagen.  
1643

1644 Eine Kooperation zwischen den Fun-Sport-Tagen und den Beachvolleyball-  
1645 Hessenmeisterschaften wird angestrebt. Mit den Veranstaltern ist über Zuschüsse zu  
1646 verhandeln. Insbesondere bei den Fun-Sport-Tagen soll anstelle eines finanziellen  
1647 Zuschusses eine mögliche Erweiterung der Platzfläche (analog Weihnachtsmarkt)  
1648 dem Veranstalter höhere Werbeeinnahmen ermöglichen.

1649 Für die Beachvolleyball-Hessenmeisterschaften und die Fun-Sport-Tage wird eine  
1650 „Ausfallbürgschaft“ in Höhe von 20 T€ für 2007 für den Fall eingestellt, dass zu we-  
1651 nige Sponsorengelder eingeworben werden.

1652  
1653 Die Wiesbadener Skater-Nights sollen durch administrative Hilfe unterstützt wer-  
1654 den.

1655  
1656 **Integrationsarbeit in den Sportvereinen**  
1657

1658 CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP sind sich einig, die Integrationsleistung von  
1659 Sportvereinen stärker zu unterstützen.

1660  
1661 Sportvereine, die kontinuierliche Integrationsarbeit in den Kinder- und Jugendabtei-  
1662 lungen leisten, sollen durch Zuschüsse in der Arbeit unterstützt werden. Nach einem  
1663 festzulegenden Schlüssel und nach Nachweis (Grundlage: Bestandsmeldungen der  
1664 Vereine an Stadt und LSB) werden den Vereinen jährlich insgesamt 25.000 € als Zu-  
1665 schuss gegeben.



# Koalition für Wiesbaden

## 1666 **Umwelt, Sauberkeit und Sicherheit**

1667

1668 Die Koalitionspartner tragen mit ihrer Politik dafür Sorge, dass die natürlichen Res-  
1669 sourcen auch für künftige Generationen erhalten bleiben. Eine nachhaltige und  
1670 schonende Nutzung wird dies gewährleisten schonend um. Wiesbaden soll eine grü-  
1671 ne Stadt bleiben. Dies dient der Gesundheit, der Erholung und der Lebensqualität  
1672 aller Menschen in und um Wiesbaden.

1673

## 1674 **Grünflächen in Wiesbaden**

1675

1676 Die Koalitionspartner erarbeiten – auch unter Berücksichtigung der Bewerbung zum  
1677 UNESCO Weltkulturerbe – ein Grünleitbild für Wiesbaden.

1678

1679 Die Koalitionspartner werden die pünktliche Umsetzung aller Maßnahmen (05-V-07-  
1680 0008, 05-V-67-0028, 06-V-67-0019), die als Konsequenzen aus dem Gutachten zur  
1681 Grünflächenpflege in Wiesbaden (05-V-07-0007) gezogen wurden, kontrollieren und  
1682 ggf. einfordern. Das gilt insbesondere auch für die Gestaltungs- und Pflegeprioritä-  
1683 ten. Die Bestandserfassung aller zu pflegenden Grünflächen muss zügig abgeschlos-  
1684 sen werden, da diese die Voraussetzung für die von den Koalitionspartnern mit  
1685 höchster Priorität verfolgte Zusammenführung von Pflege und Organisation der  
1686 städtischen Grünflächen in eine Hand ist. Die dadurch freiwerdenden Ressourcen  
1687 kommen der Grünpflege zusätzlich zugute.

1688

1689 Die Koalitionspartner setzen die Innenhof-, Fassaden- und Dachbegrünung im Projekt  
1690 „soziale Stadt“ fort und weiten diese ggf. darüber hinaus auf andere Stadtteile aus.

1691

1692 Die Koalitionspartner legen einen besonderen Schwerpunkt auf die Pflege der Spiel-  
1693 plätze in Wiesbaden. Ein qualitativ hoher hygienischer und pflegerischer Standard  
1694 muss kontinuierlich gesichert sein, z. B. auch durch Patenschaften oder Kooperatio-  
1695 nen. Hierfür ist die Pflegeintensität bei Bedarf zu erhöhen und ein verstärkter Einsatz  
1696 des Personals auf Spielplätzen nötig. Darüber hinaus muss das kindgerechte Angebot  
1697 durch die Gewährleistung von ordnungsgemäßen Spielgeräten sichergestellt werden,  
1698 wofür die Koalitionspartner zusätzliche Mittel in den Haushalt eingestellt haben.

1699

1700 Die Koalitionspartner unterstützen private Patenschaften für Baumscheiben, Spiel-  
1701 plätze, Grünflächen, etc.

1702

1703 Die Koalitionspartner werden ein Umsetzungskonzept zur Umgestaltung der Reis-  
1704 inger-Anlagen inklusive einer Belebung durch z.B. Gastronomie, Minigolf, etc., erar-  
1705 beiten lassen und dessen Realisierung kontrollieren.

1706

1707 Streuobstwiesen sind ein wertvoller und wichtiger Bestandteil unserer Kulturland-  
1708 schaft. Nach der Novellierung des Hessischen Naturschutzgesetzes werden die Koali-  
1709 tionspartner prüfen, wie der Schutz von Streuobstwiesen auch künftig gewährleistet  
1710 werden kann.

1711

1712 Die Koalitionspartner werden dafür Sorge tragen, dass...

- 1713 ● ...der Feldschutz gesichert und fortgeführt wird;

# Koalition für Wiesbaden

- 1714 • ...die sog. § 15d Flächen der ehemaligen Stadtgärtnerei gesichert werden;
- 1715 • ...auf den Grünflächen keine Herbizide eingesetzt werden;
- 1716 • ...auf Friedhöfen deren Einsatz nur möglich sein soll, wenn fachlich keine anderen
- 1717 Maßnahmen vertretbar sind;
- 1718 • ...seitens der Stadt keine gentechnisch veränderten Pflanzen eingesetzt werden;
- 1719 • ...bei Neuverpachtungen städtischer Flächen mit den Pächtern ein Verbot verein-
- 1720 bart wird, gentechnisch veränderte Pflanzen oder Saat einzusetzen;
- 1721 • ...bei Neuverpachtungen städtischer landwirtschaftlicher Flächen ökologisch ar-
- 1722 beitende Pächter verstärkt berücksichtigt werden;
- 1723 • ...die personelle Ausstattung des Umweltamtes so gestaltet wird, dass es seinen
- 1724 gesetzlich verbindlichen Pflicht- und Kontrollaufgaben sowie der notwendigen
- 1725 Bürgerinformation nachkommen kann;
- 1726 • ...die notwendigen Gelder für die Mitgliedschaft im Regionalpark im Haushalt
- 1727 eingestellt werden;
- 1728 • ...Flächen mit einheimischen Pflanzen und Stauden bepflanzt werden. Die da-
- 1729 durch resultierenden Einsparungen werden zusammen mit weiteren Mittelzuset-
- 1730 zungen für eine intensivere Pflege und Sicherung des Baumbestandes in Wiesba-
- 1731 den eingesetzt.

1732

## 1733 **Baumschutz in Wiesbaden**

1734

1735 Die Koalitionspartner haben sich auf die Inhalte einer modifizierten Baumschutzsat-

1736 zung für das gesamte Stadtgebiet von Wiesbaden in der Fassung vom 13.06.2006

1737 geeinigt. Diese wurde den städtischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt. Da-

1738 mit haben die Koalitionspartner alle Voraussetzungen dafür geschaffen, dass diese

1739 Satzung – wie von Koalitionspartnern gewünscht – zum Herbst 2006 in Kraft treten

1740 kann.

1741

1742 Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die neben Anderem neu eingeführte Ge-

1743 nehmigung von Fällungen bei „gravierenden gesundheitlichen Problemen“ durch

1744 eine interne Verwaltungsanweisung so ausgestaltet werden soll, dass Umgehungen

1745 verhindert werden können.

1746

## 1747 **Stadtwald**

1748

1749 Die Koalitionspartner setzen sich für eine Attraktivierung des Stadtwaldes ein, unter

1750 anderem durch...

1751

- ...die Fortführung der FSC-Zertifizierung (Forest Stewardship Council);

1752

- ...die Umwandlung der Verwaltungsjagd zur Pachtjagd;

1753

- ...die Neuauflage eines Forsteinrichtungsplanes, in dessen Rahmen auch eine

1754

- ...mögliche Erhöhung des Holzeinschlages überprüft wird;

1755

- ...eine Überprüfung, ob forstwirtschaftliche Teilaufgaben privatisiert werden

1756

- können, wobei der Holzeinschlag weiterhin in der Verantwortung der Stadt ver-

1757

- bleibt;

# Koalition für Wiesbaden

- 1758 • ...die Beibehaltung eines arbeitsfähigen Eigenbestands an städtischen Waldarbei-  
1759 tern.

1760

1761 Der Stadtwald wird von den Menschen in und um Wiesbaden sehr unterschiedlich  
1762 genutzt. Die Koalitionspartner setzen sich für eine Gleichgewichtung aller Interessen  
1763 ein, z.B. durch...

- 1764 • ...das Eindämmen von Mountainbike Events, indem beispielsweise Fahrtrouten  
1765 durch Baumstämme kanalisiert werden;

- 1766 • ...die Verringerung von Wildunfällen an stark frequentierten Stellen, wo die Ge-  
1767 fahr für Mensch und Tier besonders groß, d.h. die Fallwildzahl und der volkwirt-  
1768 schaftliche Schaden signifikant hoch sind.

1769

## 1770 **Luftschadstoffe**

1771

1772 Die Koalitionspartner haben vereinbart, dass bei Ersatzbeschaffungen in der städti-  
1773 schen Fahrzeugflotte erdgasbetriebene Fahrzeuge bzw., wenn möglich, Bio-Diesel  
1774 oder anderen Treibstoffen aus nicht-fossilen Energieträgern betriebene Fahrzeuge  
1775 angeschafft werden sollen. Dies soll auch bei Neuabschlüssen von Leasing-Verträgen  
1776 und auch für ELW-Fahrzeuge und sonstige Nutzfahrzeuge gelten, sofern das möglich  
1777 und wirtschaftlich darstellbar ist.

1778

1779 Die Koalitionspartner starten eine Offensive zur Feinstaubreduzierung, mit der die  
1780 Menschen in Wiesbaden besser über Luftschadstoff reduzierende Maßnahmen im  
1781 privaten Bereich (z.B. Modernisierung Hausbrand, Verkehrsmittel) und der öffentli-  
1782 chen Verwaltung (unter Einbeziehung der HWK und der heimischen Handwerker-  
1783 schaft) informiert werden. Die Koalitionspartner verknüpfen diese Offensive mit  
1784 dem Luftreinhalteplan.

1785

1786 Die Koalitionspartner unterstützen die Umsetzung des Aktionsplanes Wiesbaden zur  
1787 Umsetzung des Luftreinhalteplans Rhein-Main.

1788

## 1789 **Klimaschutz**

1790

1791 Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass der gesamte Konzern Stadt Energie  
1792 effizient und sparsam einsetzt und dadurch seiner Vorbildfunktion gerecht wird. Die  
1793 Koalitionspartner werden ein Energiereferat als Kompetenzzentrum für Energiebera-  
1794 tung einrichten lassen, das sowohl als verbindlich zu beteiligende Einheit bei der Auf-  
1795 stellung von B-Plänen fungiert als auch Energieberatung für Private anbietet. Hierbei  
1796 sind Kompetenz und Personal der Klimaschutzagentur mit einzubeziehen. Die orga-  
1797 nisatorische Ausgestaltung ist zu prüfen.

1798

1799 Mit dem Energiereferat soll ausdrücklich keine Konkurrenz zur bestehenden Klima-  
1800 schutzagentur geschaffen werden. Die Klimaschutzagentur wird in Zusammenarbeit  
1801 mit der WIM weiter entwickelt.

1802

1803 Die Koalitionspartner sind sich darin einig, dass es im Einzelfall sinnvoll sein kann,  
1804 eine Energieversorgungsart für ein Baugebiet – unter Abwägung von Versorgungssi-  
1805 cherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit – verbindlich festzulegen.

# Koalition für Wiesbaden

1806 Hierbei sind die unterschiedlichen Kostenkonstellationen für den Verbraucher darzu-  
1807 legen.

1808

1809 Die Koalitionspartner werden die Aktivitäten des Facility Managements auf städti-  
1810 scher Seite intensivieren. Hierbei unterstützen und fördern sie das Energie-  
1811 Contracting.

1812

1813 Die Koalitionspartner werden auf die Vertreter der Landeshauptstadt Wiesbaden in  
1814 Aufsichtsgremien städtischer Wohnungsbaugesellschaft sowie der SEG darauf hin-  
1815 wirken, dass bei von diesen Gesellschaften getragenen Projekten die Kriterien Ener-  
1816 gieeffizienz, Energieeinsparung und Einsatz regenerativer Energien berücksichtigt  
1817 werden.

1818

1819 Die Koalitionspartner werden Wiesbaden als Solarstadt forcieren, d. h. die Nutzung  
1820 städtischer Dächer für Photovoltaikanlagen wird fortgeführt und ausgebaut. Hierbei  
1821 soll das heimische Handwerk einbezogen werden. Die Koalitionspartner unterstüt-  
1822 zen den Ausbau großflächiger Photovoltaikanlagen.

1823

1824 Die Tiefengeothermie wird als aussichtsreich bewertet. Es wird geprüft, wo sich ein  
1825 entsprechendes Vorhaben in Wiesbaden realisieren lässt.

1826

1827 Die Koalitionspartner werden Anreize für den privaten Einsatz regenerativer Ener-  
1828 geträger schaffen, indem verschiedene Möglichkeiten einer städtischen Anschubfinan-  
1829 zierung angeboten werden wie z.B. in Kreditform, durch Verwendung von Mittel aus  
1830 dem Klimaschutzfonds; durch eine städtische Unterstützung bei der Beantragung  
1831 von Mitteln aus dem Innovationsfonds. Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein,  
1832 dass die Mittelverteilung des Innovationsfonds transparenter und einfacher gestaltet  
1833 wird.

1834

## 1835 **Lärmschutz**

1836

1837 Die Koalitionspartner unterlegen sowohl den passiven wie den aktiven „Lärmschutz“  
1838 als festen Bestandteil mit entsprechenden Finanzmitteln im Haushalt. Zu aktiven  
1839 Lärmschutzmaßnahmen ist die Landeshauptstadt Wiesbaden mit Ratifizierung der  
1840 EU-Richtlinie zur Verminderung des Umgebungslärms verpflichtet. Um diesen Vor-  
1841 gaben gerecht zu werden, wird die Lärminderungsplanung reaktiviert und werden  
1842 fortlaufend entsprechende Finanzmittel im Haushalt bereitgestellt. Hierbei sind  
1843 nach Willen der Koalitionspartner die Maßnahmen Lärmschutzwand Gräselberg (A  
1844 66) und Lärmschutzwand Naurod bevorzugt zu behandeln. Die Koalitionspartner  
1845 sorgen für eine Aktualisierung des Lärmkatasters. Im Einzelfall wird geprüft, ob eine  
1846 Kostenbeteiligung derjenigen, die von aktiven Lärmschutzmaßnahmen profitieren,  
1847 gerechtfertigt und möglich ist.

1848

1849 Die Koalitionspartner suchen nach Lösungen, damit der Mautausweichverkehr mög-  
1850 lichst unterbunden wird.

1851

1852 Die Koalitionspartner wirken daraufhin, dass sich die Stadt für eine Optimierung der  
1853 Flugrouten in Abstimmung mit der Region, für Fluglärminderungen, für eine stän-

# Koalition für Wiesbaden

1854 dige Aktualisierung der Informationen über Fluglärm sowie für die Einführung eines  
1855 Nachtflugverbots einsetzt.

1856

## 1857 **Wasser- und Hochwasserschutz**

1858

1859 Die Koalitionspartner stellen fortlaufend Gelder für den Hochwasserschutz in die  
1860 Haushalte ein. Beim Hochwasserschutz sehen die Koalitionspartner keine Präferenz  
1861 für eine bestimmte Form von Hochwasserschutz (Renaturierungen/ Sanierung/  
1862 Technisch); vielmehr ist die jeweilige Maßnahme auf den Einzelfall anzupassen. Maß-  
1863 nahmen zum Hochwasserschutz sind bei Beteiligung der betroffenen Bürger durchzu-  
1864 führen.

1865

1866 Im Rahmen des finanziell Machbaren genießt die Maßnahme „Hochwasserschutz  
1867 Sonnenberg“ für die Koalitionspartner Priorität. Des Weiteren sollen die Bereiche um  
1868 Wäschbach und Käsbach entwickelt werden. Planungsmittel für eine sinnvolle (Teil-)  
1869 Offenlegung von Bächen werden in der laufenden Wahlperiode haushalterisch be-  
1870 rücksichtigt. Die Planung und Durchführung einer Abtrennung wird nur dann vorge-  
1871 nommen, wenn das Regierungspräsidium dieses anordnet.

1872

1873 Das Umweltdezernat soll bei den betroffenen Landwirten und Grundstückseigentü-  
1874 mern anregen, die Randstreifen an den Bächen im Sinne der Ökologie von der Be-  
1875 wirtschaftung freizuhalten.

1876

1877 Die Koalitionspartner wollen Wasser als Gestaltungselement verstärken. Zu diesem  
1878 Zweck sollen existierende Brunnen und Quellen erfasst und zugeordnet werden, um  
1879 für eine verbesserte Pflege sorgen zu können.

1880

## 1881 **Kraftwerke Mainz Wiesbaden**

1882

1883 Die Koalitionspartner bekennen sich zum Standort Kraftwerke Mainz Wiesbaden  
1884 (KMW) als dezentraler Stromerzeugungsstätte in kommunaler Hand.

1885

1886 Das Vorhaben der KMW, ein 750-MW-Kohlekraftwerk zu errichten, wird von den Ko-  
1887 alitionspartnern kritisch bewertet. Die ökologischen und wirtschaftlichen Auswir-  
1888 kungen dieses Vorhabens wie auch die möglichen Alternativen sollen vom Betreiber  
1889 KMW geprüft und vorgelegt werden. Auch die ESWE-Versorgungs-AG soll sich an  
1890 diesen Prüfungen beteiligen.

1891

1892 Für sonstige Großprojekte vereinbaren die Koalitionspartner die Einzelfallprüfung.

1893

## 1894 **Umwelterziehung**

1895

1896 Die Koalitionspartner sichern den Fortbestand...

1897 ● ...der Fasanerie in Umfang und Qualität;

1898 ● ...des Jugendbauernhofs;

1899 ● ...des Tierparks Kastel;

1900 ● ...des Kinderbauernhofs;

1901 ● ...des Umweltladens sowie

1902 ● ...des früherzieherischen Projekts „Grüne Schule“.

# Koalition für Wiesbaden

1903 Die finanziellen Unterstützungen dieser Projekte seitens der Stadt werden nicht ge-  
1904 kürzt.

1905

1906 Die Koalitionspartner werden die Früherziehung auch auf die Bereiche „Sauberkeit“  
1907 und „Energie“ ausdehnen. Unter anderem werden die Koalitionspartner die Vertei-  
1908 lung der ELW-Pakete als Angebote an die Schule offensiver unterstützen

1909

## 1910 Freie Projekte

1911

1912 Die Koalitionspartner werden...

1913 • ...das Programm Altlastensanierung ungekürzt fortführen;

1914 • ...die Entschlammung des Schiersteiner Hafens und des Floßhafens Kostheim wei-  
1915 ter verfolgen;

1916 • ...die Privatisierung des Krematoriums weiterverfolgen, wobei das wirtschaft-  
1917 lichste Angebot zum Zuge kommen soll, um den Steuerzahler maximal entlasten  
1918 zu können;

1919 • ...folgende Projekte fortführen und ggf. intensivieren: „Flotte Feger“, die Entfer-  
1920 nung von Schrottautos aus dem öffentlichen Raum, „Dreck-Weg-Tag“, „Müllshe-  
1921 riffs“ sowie die übrigen laufenden kleinteiligen Maßnahmen im Bereich Sauber-  
1922 keit seitens ELW;

1923 • ...der Reinigungspflicht der Stadt nachkommen, indem ausreichend Mülleimer  
1924 und notwendiges Stadtmobiliar (Hunde-Sets) sowie Reinigungskräfte zur Verfü-  
1925 gung gestellt werden;

1926 • ...Verstöße gegen die Gefahrenabwehrverordnung weiterhin ahnden;

1927 • ...stärker auf die Einhaltung von Sicherheit und Sauberkeit achten (gegen Vermül-  
1928 lung von Grünanlagen, Eckenpinkler, etc.);

1929 • ...eine erhöhte Aufklärung über den Umgang mit Müll (auch mehrsprachig)  
1930 betreiben, da wilde Müllablagerungen signifikant zugenommen haben (z. B. Ab-  
1931 falltourismus B 455 oder in bestimmten Ortsteilen);

1932 • ...auch zur Sicherheit der Hundehalter darüber informieren, in welchen Gebieten  
1933 Hunde anzuleinen sind und wo sie sich artgerecht frei bewegen können.

1934

## 1935 Sicherheit

1936

1937 Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass...

1938 • ... die Videoüberwachung auf sämtliche Busse bei Neuanschaffungen ausgedehnt  
1939 wird, sofern die Ergebnisse des Pilotprojekts positiv zu werten sind;

1940 • ... Feuerwehrkontrollfahrten weiterhin regelmäßig durchgeführt werden;

1941 • ...die Gefahrenabwehrverordnung optimiert zur Anwendung kommt, indem die  
1942 Kontrollen von Hilfspolizisten in dem bisherigen Umfang fortgeführt und –

1943 bei gleich bleibendem Personalbestand – vom Radius her auf die Vororte ausge-  
1944 dehnt wird;

# Koalition für Wiesbaden

- 1945 • ...Konfliktmanagement-Projekte für Lehrer, Polizeikräfte und Sozialarbeiter sowie
- 1946 ein Jugendlichen-Coaching in mindestens einer geeigneten Schulklasse durchge-
- 1947 führt (ähnlich dem Vorbild „gewaltfreie Klasse als Konfliktschlichter“ aus Heidel-
- 1948 berg) und die dafür benötigten Finanzmittel bereitgestellt werden;
  
- 1949 • Einzelmaßnahmen und gezielte Projekte zur Jugendkriminalitätsprävention so-
- 1950 wie gegen Gewalt an Schulen durchgeführt werden wie z.B.: Schulwegsiche-
- 1951 rungsmaßnahmen, Einsatz so genannter Bus-Engel (vgl. Projekt Schleswig-
- 1952 Flensburg), Aufklärung bezüglich Gesundheits- und Suchtprävention.
  
- 1953 • ... der Freiwillige Polizeidienst über die geltende Vertragszeit hinaus fortgeführt
- 1954 wird;
- 1955
- 1956 Die Koalitionspartner befürworten und unterstützen weiterhin...
- 1957 • ...Teen Corts;
- 1958 • ...die Schulsozialarbeit;
- 1959 • ...den Opferschutz sowie
- 1960 • ...die jährliche Vergabe des Preises für Zivilcourage / Ludwig-Beck-Preis.
- 1961
- 1962 Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass die Verursacher illegaler Farb-
- 1963 schmierungen konsequent verfolgt und geschädigte Eigentümer unterstützt werden.
- 1964 Im Rahmen der Kulturpark-Idee können im Eigentum der Stadt befindliche Wand-
- 1965 Flächen im Bereich des Schlachthofs und seines Umfelds (Kulturpark – „aktiver Teil“)
- 1966 für Graffiti-Aktivitäten zur Verfügung gestellt werden.
- 1967
- 1968 Von der Stadt geförderte Institutionen dürfen legale Graffiti-Aktionen durchführen.
- 1969 Darüber hinaus wird es künftig keine gezielte Unterstützung von Graffiti-Aktivitäten
- 1970 (Förderung von Veranstaltungen, Projekten oder Initiativen) durch die Stadt, in wel-
- 1971 cher Form auch immer, geben. Die in den Haushalts-Entwürfen für diesen Zweck ver-
- 1972 anschlagten Mittel werden abgesetzt und auf das Kultur-Budget übertragen. Die Koa-
- 1973 litionsparteien sind sich darüber einig, ein Aktionsprogramm zur Bekämpfung illegala-
- 1974 ler Farbschmierereien aufzulegen.

# Koalition für Wiesbaden

## 1975 **Gesundheitspolitik für Wiesbaden**

1976

## 1977 **Prävention**

1978

1979 Die Koalitionspartner wollen die Gesundheitsprävention in Wiesbaden verstärken,  
1980 wobei sie sich hierbei von einem weit gefassten Präventionsbegriff leiten lassen. Be-  
1981 züglich der durchführenden Stellen obliegt Prävention nach Ansicht der Koalitions-  
1982 partner nicht nur dem Gesundheitsamt, sondern ist auch Thema beispielsweise im  
1983 Schul- und im Sozialbereich. Die Koalitionspartner wollen hierbei die Zusammenar-  
1984 beit mit Freien Trägern sowie Vereinen verstärken und deren Aktivitäten unterstüt-  
1985 zen. Die Koalitionspartner haben für den Bereich „Präventi-  
1986 on/Gesundheitsförderung“ zusätzliche Finanzmittel in den Doppelhaushalt  
1987 2006/2007 in einem Umfang bereitgestellt, welcher dieser besonderen Schwer-  
1988 punktsetzung in der Gesundheitspolitik Rechnung trägt.

1989

## 1990 **Gesundheitsstadt für alle**

1991

1992 Die Koalitionspartner wollen Wiesbaden zu einer „Gesundheitsstadt für alle“ aus-  
1993 bauen, indem u.a. noch mehr Menschen in Wiesbaden noch besser über gesundheit-  
1994 liche Themen informiert werden. Hierzu sollen die bisherigen Angebote an den Ge-  
1995 sundheitstagen durch ein niedrig schwelliges Angebot erweitert werden: Es sollen  
1996 auch Veranstaltungen außerhalb des Rathauses, in den Vororten und hier speziell in  
1997 sozialen Brennpunkten (z.B. Sauerland, Schelmengraben, Klarenthal, Biebrich)  
1998 durchgeführt werden. Es sollen auch ‚einfachere‘ Gesundheitsthemen wie z.B.  
1999 „Krampfadern“, Volkskrankheiten, oder Tipps zum ‚gesünderen Leben‘ angeboten  
2000 werden. Diese Angebotserweiterungen werden zunächst durch einige Pilotveranstal-  
2001 tungen getestet und bei guter Resonanz dann dauerhaft eingerichtet.

2002

2003 Darüber hinaus schaffen die Koalitionspartner ein niedrig schwelliges psychosoziales  
2004 Beratungsangebot für Frauen, speziell für Frauen mit Migrationshintergrund. Hierfür  
2005 haben die Koalitionspartner Haushaltsmittel für den Doppelhaushalt 2006/2007 ein-  
2006 gestellt.

2007

2008 Nicht nur städtische Einrichtungen, sondern auch Patienten-Selbsthilfegruppen leis-  
2009 ten wertvolle Beratungsarbeit. Die bestehenden Zuschüsse für Selbsthilfegruppen  
2010 werden daher nicht gekürzt; den Kontakt zu den einzelnen Gruppen wollen die Koali-  
2011 tionspartner verstärken.

2012

2013 Die Vereinbarungen der Koalitionspartner zur Verringerung von Schadstoffbelas-  
2014 tungen, beispielsweise durch Feinstaub, sind im Abschnitt „Umwelt“ des Koalitions-  
2015 vertrages dargelegt.

2016

2017 Die PCB-Sanierung der Schulen und Turnhallen wird zügig zum Abschluss gebracht.

2018

## 2019 **Prävention - Einzelprojekte**

2020

2021 Die Koalitionspartner werden eine Kampagne gegen Bewegungsarmut starten. Hier-  
2022 zu werden beispielsweise Hinweisschilder vor Aufzügen angebracht, mit denen zum  
2023 Treppensteigen aufgerufen wird. Die bereits begonnenen Maßnahmen zum Projekt



# Koalition für Wiesbaden

2024 „Dicke Kinder“ werden fortgeführt, intensiviert und die Vernetzung mit freien Anbietern vorangetrieben.

2025

2026

2027

2028

2029

2030

2031

2032

2033

2034

## **Suchtprävention**

2035

2036

2037

2038

2039

2040

2041

2042

2043

## **Gesundheit als Wirtschaftsfaktor**

2044

2045

2046

2047

2048

2049

2050

2051

2052

2053

2054

2055

2056

2057

2058

2059

2060

Die Koalitionspartner wollen die Vielfalt der Gesundheitsangebote in Wiesbaden, die insbesondere in den Bereichen Rehabilitation, Geriatrie und Wellness reichhaltig ausgeprägt ist, erhalten. Die kulturellen und touristischen Angebote der Landeshauptstadt sollen genutzt werden, um Patienten für den Standort Wiesbaden zu gewinnen. Die Koalitionspartner wollen Wiesbaden als Kongress-Standort stärken und das Angebot an medizinischen Kongressen erhalten bzw. ausbauen.

# Koalition für Wiesbaden

## 2061 Personalfragen

2062

2063 Die Koalitionspartner haben bezüglich der Zuwahl von Mitgliedern des hauptamtlichen  
2064 Magistrats Folgendes vereinbart:

2065

2066 • Die Vereinbarung über die Zuwahlen von Mitgliedern des hauptamtlichen Ma-  
2067 gistrats ist und bleibt jederzeit unabhängig von Sachfragen.

2068

2069 • Eine vereinbarte Zuwahl von Mitgliedern des hauptamtlichen Magistrats findet  
2070 jeweils auf Vorschlag der jeweils berechtigten Fraktion statt.

2071

2072 • Vorschlagsberechtigt ist die CDU für drei Dezernate, Bündnis90/Die Grünen für  
2073 ein Dezernat mit den Zuständigkeiten Kultur, Grünflächen, Umwelt und Hochbau  
2074 sowie die FDP für ein Dezernat mit den Zuständigkeiten Stadtplanung, Tiefbau,  
2075 Vermessung, Bauaufsicht.

2076

Die SPD erhält ein Dezernat.

2077

2078 • Im Zuge der anstehenden Zuwahl zum hauptamtlichen Magistrat wird die Positi-  
2079 on des Bürgermeisters wiederbesetzt. Vorschlagsberechtigt ist die CDU. Sobald  
2080 der/die dabei Gewählte das Amt verlässt, werden die Koalitionspartner über die  
2081 Nachfolge neu entscheiden.

2082

2083 • Eine vereinbarte Zuwahl von Mitgliedern des hauptamtlichen Magistrats findet  
2084 jeweils zum rechtlich frühestmöglichen Zeitpunkt statt, den die berechtigte Frak-  
2085 tion wünscht.

2086

2087 • Die Koalitionspartner legen Wert auf eine für die Stadt gedeihliche Zusammen-  
2088 arbeit mit dem direkt gewählten Oberbürgermeister. Sie werden sich mit dem  
2089 Oberbürgermeister dahingehend verständigen, dass dieser die von der neuen  
2090 Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung getragenen Politik sowie die von  
2091 ihnen vereinbarten Dezernatzuschnitte achtet.

2092

2093 • Bündnis90/Die Grünen besetzen eine Stelle im Konzern Stadt.